

2017-11-21

Stadt Dessau-RoßlauZerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040**Niederschrift****über die Sitzung des Stadtrates am 18.10.2017**

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:47 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Lothar Ehm Stadtratsvorsitzender
Herr Frank Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Angelika Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 37**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:**Freie Fraktion Dessau-Roßlau**

Benckenstein, Silke entschuldigt

Fraktion der CDU

Glathe, Otto entschuldigt
Kolze, Jens entschuldigt
Müller, Christa entschuldigt
Schwabe, Jörg entschuldigt

Fraktion der SPD

Hartmann, Robert entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Busch, Thomas entschuldigt
Dammann, Karin entschuldigt
Hofmeister, Dirk entschuldigt
Palermo, Antonio entschuldigt
Präger, Thomas entschuldigt

Mitglied der NPD

Grey, Thomas unentschuldigt

Mitglied der AfD

Mrosek, Andreas entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die 28. Sitzung des Stadtrates und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 32 Stimmberechtigten fest. Er sprach dem Offenen Kanal seinen Dank für die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Aufnahmen aus und verwies auf die erstmals durchgeführte digitale Sitzung des Stadtrates.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, beantragte, den unter dem Tagesordnungspunkt 6.18 eingeordneten Sozialbericht aufgrund seiner Wichtigkeit für die Zukunft unserer Stadt vorzuziehen und als Tagesordnungspunkt 6.1 zu behandeln.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, bat darum, die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 wie in der Tagesordnung eingeordnet zu belassen, da die zu wählenden Schiedspersonen anwesend sind. Der Sozialbericht sollte dann als Punkt 6.3 behandelt werden.

Der Antrag, den Sozialbericht als Tagesordnungspunkt 6.3 zu behandeln, wurde mehrheitlich angenommen (30:00:02).

Die Tagesordnung wurde in geänderter Form einstimmig beschlossen (32:00:00).

3 Berichte des Oberbürgermeisters

3.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras begann seinen Bericht mit einem **kurzen Rückblick:**

Im September war unsere Stadt erneut Gastgeber einiger hochkarätiger Veranstaltungen, von denen er die **Tagung des Landesverbandes der Ärzte** (07.09.17) und die **Verleihung des deutschen Ingenieurpreises** (22.09.17) heraus hob, bei der nicht nur der Bundesstaatssekretär Rainer Bomba und der Verkehrsminister Thomas Webel, sondern auch zahlreiche Ingenieure Gäste unserer Stadt waren.

Umgekehrt waren wir zu Gast in unseren Partnerstädten. Während wir am 23. September mit unseren tschechischen Partnern das 850-jährige Stadtjubiläum in **Roudnice nad Labem** gefeiert haben, waren wir zwei Wochen später in der französischen Partnerstadt **Argenteuil** zu Gast. Dabei wurden wir von zahlreichen Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt im Rahmen einer Bürgerreise begleitet, was für alle ein sehr interessanter Erfahrungsaustausch war. Nach einem Treffen mit dem Conseil Economique d'Argenteuil, was vergleichbar mit unserem Wirtschaftsbeirat ist, wurde ihm ein deutliches Interesse an einer Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, bekundet. Die im November anstehende Sitzung des Wirtschaftsbeirates wird er nutzen, um die Kontakte zu vertiefen.

Gefeiert wurden im September auch zwei erwähnenswerte Jubiläen. Zum einen das **25-jährige Bestehen des Technikmuseums Hugo Junkers** und zum anderen das **25-jährige Jubiläum der Gedack Rohrsysteme**, bei dem der Beigeordnete für Wirtschaft und Kultur, Herr Dr. Reck, zu Gast war. An dieser Stelle lud Herr Oberbürgermeister Kuras alle zum **3. Dessauer Wirtschaftsforum** ein, welches am kommenden Montag um 17:00 Uhr im Golfpark stattfinden wird. Im Mittelpunkt wird das gesamtwirtschaftliche Zukunftskonzept der Stadt stehen.

Kulturelles gab es am 9. September bei der **Dessauer Brauart** und am 23. September beim **Drehbergfest** zu erleben. Ein besonderes kulturelles Highlight wurde am 17. September gefeiert: Das **90-jährige Bestehen unserer Anhaltischen Gemäldegalerie**, ein Leuchtturm in der Kulturlandschaft unserer Stadt, den wir mit den aktuellen Sanierungsarbeiten zu altem Glanz verhelfen. Noch bis zum kommenden Sonntag kann dort die Ausstellung „Der Fürst in seiner Stadt“ besucht werden. Er sprach seinen Dank allen Engagierten aus, die sich am 24. September als ehrenamtliche Wahlhelfer für die **Bundestagswahl** eingesetzt haben. Dank dieses Einsatzes, der Koordination und guten Arbeit unseres Wahlamtes konnte eine erfolgreiche Durchführung der Wahl in unserem Stadtgebiet sichergestellt werden. Herr Oberbürgermeister Kuras und die Beigeordneten konnten sich am Wahltag persönlich in vielen Wahllokalen von dem Engagement der Wahlhelferinnen und Wahlhelfer überzeugen.

Aktueller Arbeitsstand

Landesgartenschau: Trotz der Absage für unsere Stadt ist uns die finanzielle Unterstützung zahlreicher Projekte in Aussicht gestellt worden. Vergangene Woche gab es dazu eine öffentliche Presseerklärung des Landes, die noch einmal unsere Vorhaben bestätigt. Zur Schaffung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen sind die entsprechenden Mittelanmeldungen nun erfolgt. Zur Bildung einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe gab es erste Abstimmungen auf Mitarbeiterebene. Parallel dazu werden Gespräche mit dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr geführt, um die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Städtebauförderprogramms „Zukunft Stadtgrün“ auszuloten, das den Städten, die in den LAGA-Bewerbungen unterlegen waren, angeboten wird. Im Ergebnis können Fördermittel aus diesem Programm beantragt werden.

Sanierung Schloss Georgium: Hier geht es weiter voran. Für die noch zur Verfügung stehenden Restmittel wurde eine Ausschreibung für die Zimmer-, Stahlbau und Deckenertüchtigungsarbeiten im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung herausgegeben. Zwischenzeitlich erfolgte die Auswertung der Angebote und das Auftragsverfahren ist in Arbeit. Es ist geplant, die durch das Land bereits in den Haushalt 2017 für den 4. Bauabschnitt eingestellten Mittel für Planungsleistungen im Rahmen einer separaten Maßnahme zu verausgaben, da diese Mittel nicht übertragbar sind.

Ersatzneubau Südschwimmhalle: Zurzeit laufen die Restarbeiten an der Fassade bzw. dem Dach sowie an den Edelstahlbecken. Der Innenausbau sowie die Arbeiten der technischen Gewerke und die Arbeiten in den Außenanlagen laufen. Der endgültige Anschluss aller Medien folgt in den nächsten 4 Wochen.

Schadebrauerei: Die Aushubarbeiten im Rahmen des zur Verfügung stehenden Restbudgets wurden am 26. September abgeschlossen. Die förmliche VOB-Abnahme fand statt. Zurzeit erfolgt die Rechnungsprüfung für die Leistungen der am Rückbau Beteiligten. Noch in diesem Jahr soll die Übergabe des Geländes an den neuen Eigentümer erfolgen.

Ersatzneubau Muldebrücke: Die Verkehrsfreigabe der Anbindungen an die Wasserstadt und den Friederikenplatz erfolgte am 29. September, was für eine große Entlastung im innerstädtischen Verkehr sorgt. Noch in diesem Monat werden nun die restlichen Nebenanlagen hergestellt. Danach erfolgt der Rückbau der Baustelleneinrichtung. Mit den notwendigen Begrünungsmaßnahmen und Ersatzpflanzungen wird die Gesamtinvestition, in Abhängigkeit von der Witterung, im Herbst dieses Jahres bzw. Frühjahr 2018 abgeschlossen sein. Der neutrale Schiedsgutachter, der beauftragt wurde, die Konsequenzen aus dem gestörten Bauablauf zu analysieren, hat seine Leistungen nunmehr erbracht. Das umfangreiche Schiedsgutachten, das seit dem 1. August vorliegt, wurde von der Arbeitsgemeinschaft und der Stadt geprüft. Am 18. September gab es ein gemeinsames Gespräch zwischen den beteiligten Seiten und dem Schiedsgutachter. Die noch offenen Fragen sollen in den festgelegten Arbeitsschritten aufgeklärt werden, um den Stadträtinnen und Stadträten im Anschluss das Ergebnis zur Entscheidung vorlegen zu können. Das Gespräch fand in einer konstruktiven Atmosphäre statt. Die Vorteile, die ein solches Schiedsverfahren hat, scheinen hier zu greifen. Beide Seiten sind an einer schnellen Einigung interessiert.

Breitbandausbau: Die Bauphase hat begonnen. Mit einem symbolischen Spatenstich in Rodleben wurde am vergangenen Montag mit dem Ausbau des Breitbandnetzes in unserem Stadtgebiet begonnen. Bis Ende 2018 ist der flächendeckende Ausbau innerhalb von 19 Gewerbestandorten mit mindestens 100 Mbit/s und in 11 Stadtteilen mit 50 Mbit/s vorgesehen. Die Umsetzung des Breitbandausbaus erfolgt durch die Stadtwerke Tochter DATEL. Unsere Stadt liegt von allen beteiligten Städten in Sachsen-Anhalt deutlich an der Spitze, was die Geschwindigkeit und den Grad des Ausbaus der Glasfaserinfrastruktur betrifft. Den Medien konnte entnommen werden, dass das Land Sachsen-Anhalt die ursprünglichen Zielsetzungen, bis 2018 den digitalen Ausbau bis in alle Haushalte und Gewerbestandorte zu bringen, aufgegeben hat. Nach jetzigem Stand sind wir die einzige Stadt, die dieses Ziel erreicht.

Weitere Meldungen liegen aus folgenden Bereichen vor:

Das Kulturamt verweist auf die Schließung der Hauptbibliothek vom 23. bis 28. November. Die Medien haben ebenfalls davon berichtet. Anlass für die Schließung ist der Ersatz der Regale im 1. Obergeschoss der Hauptbibliothek und die damit verbundene Renovierung dieser Etage. Das bedeutet konkret, dass die Fläche komplett geräumt werden muss und 64.000 Bände in den anderen Bereichen der Bibliothek gelagert werden. Die zu erwartenden Einschränkungen sind mit dem Publikumsverkehr nicht in Einklang zu bringen, deshalb ist eine komplette Schließung der Hauptbibliothek unumgänglich. Im Ergebnis wird eine deutlich attraktivere und auch für die Nutzer verbesserte Bibliothek stehen.

Vom 12. November bis zum 18. Januar 2018 findet im Kunstmuseum Moritzburg in Halle (Saale) eine gemeinsame Ausstellung der Anhaltischen Gemäldegalerie Des-

sau und der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt unter dem Motto „Begegnungen. Von Cranach bis Holbein“ statt. Hierzu werden 75 Zeichnungen der Anhaltischen Gemäldegalerie als Leihgabe der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt überlassen. Die Eröffnung findet am 11. November im Beisein des Ministerpräsidenten statt. Das ist das erste praktische Ergebnis unserer Kooperation, dass wir unsere Bestände zusammen zeigen und dadurch die Qualität und die Aufmerksamkeit erhöhen.

Aus dem Referat für Sportförderung:

Beim Dessauer City-Lauf beteiligten sich in diesem Jahr auf neuer Strecke mehr als 1.200 Laufbegeisterte. Zur Auswahl standen auch in diesem Jahr wieder neben dem Pokallauf über 10 km vier weitere Läufe, u.a. auch der Firmenlauf, an dem sich einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadtverwaltung beteiligten. Vertreten waren aber auch in diesem Jahr wieder sehr viele Schulen und natürlich auch viele Sportvereine aus Dessau-Roßlau und aus der Region.

Aus dem Amt für Wirtschaftsförderung:

Seit dem 1. Oktober hat der neue Amtsleiter des Amtes für Wirtschaftsförderung, Herr Stefan Horváth, seine Tätigkeit in der Stadtverwaltung aufgenommen. Er ist froh, dass die Wirtschaftsförderung unserer Stadt wieder ein Gesicht hat, eine Person, die jetzt handelt und als Verbindungsmann zwischen städtischer Verwaltung und Wirtschaft zur Verfügung steht. Herr Horváth war bereits mit Herrn Beigeordneten Dr. Reck auf der Expo Real in München, der größten Fachmesse für Immobilien und Investitionen Deutschlands.

Bauhausjubiläum 2019:

Die Fördermittelanträge für die einzelnen Projekte des Programmheftes wurden beim Land gestellt. Hier geht es u.a. um die Finanzierung von Ausstellungen und Lesungen, um die Durchführung des Projektes Passagen und der Quartiersfeste. Fortschritte gibt es auch bei der Planung des Werkleitz-Festivals, das 2019 besondere Orte im Stadtgebiet künstlerisch in Szene setzen soll. Hier reden wir beispielsweise vom Mausoleum, dessen temporäre Nutzung aktuell mit unserem Baudezernat abgestimmt wird.

Sonstiges:

Herr Oberbürgermeister Kuras ging auf die Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus am vergangenen Donnerstag ein, welche bei einigen Stadträtinnen und Stadträten für Verärgerung gesorgt hat. Das Anliegen der Stadträtinnen und Stadträte, eine Gesprächsrunde über die Vergabe von Planungsleistungen durchzuführen, kann er nachvollziehen und dankte für diese Initiative. Er bat darum, die Nicht-Teilnahme des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt zu entschuldigen. Dieser Vorgang wurde in der gestrigen OB-Dienstberatung besprochen. Es wird bedauert, dass die Thematik vom Dezernat offenbar falsch eingeordnet wurde. Mangelnde Kommunikation und objektive Termenschwierigkeiten waren die Ursache. Herr Oberbürgermeister Kuras versicherte, dass Herr Beigeordneter Dr. Reck umfassend über das Anliegen der Stadträtinnen und Stadträte informiert hat und die gegebenenfalls erforderlichen Anpassungsmaßnahmen innerhalb des Hauses, auch mit dem Baudezernat, diskutiert werden. Sein Eindruck, auch aus der Presseberichterstattung, ist, dass diese Sitzung im Ergebnis sehr ertragreich war und Herr Beigeordneter Dr. Reck die angefallenen Fragen beantwortet hat. Wenn mit der notwendigen Sensibilität an dem Thema gearbeitet wird, kann die Frage der Auf-

tragsvergabe etwas besser zu Gunsten der einheimischen Wirtschaft gestaltet werden. Es findet allerdings auch bereits statt. So ist eine große Anzahl von einheimischen Unternehmen, z. B. beim Ersatzneubau der Schwimmhalle, zum Zuge gekommen.

Abschließend verwies Herr Oberbürgermeister Kuras auf die in Umsetzung des Beschlusses vom 06. September 2017 zur Durchführung einer Bürgerbefragung zur Umbenennung der Stadt Dessau-Roßlau in Dessau stattfindenden Veranstaltungen am 19. Oktober, 17:00 Uhr in der Elbe-Rosell-Halle und am 24. Oktober, 17:00 Uhr in der Marienkirche. Er bat die Stadträtinnen und Stadträte um Teilnahme und hofft auf eine konstruktive und zielführende Diskussion.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die sich im Sitzungsraum befindlichen chinesischen Studentinnen und Studenten, die sicherlich aus Anlass des Todestages von Yangjie Li gekommen sind. Wäre das Präsidium eingeweiht gewesen wäre, hätte er sie eher begrüßt.

Während des Tagesordnungspunktes erschienen Frau Perl, SPD-Fraktion, Herr Bönecke und Herr Dr. Hunger, Fraktion Pro Dessau-Roßlau sowie Herr Trocha, Freie Fraktion zur Sitzung.

3.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab folgende nichtöffentliche Beschlussfassung bekannt:

- Grundstücksangelegenheit/Sicherung der Umsetzung eines Investitionsvorhabens im Industrie- und Gewerbegebiet Flugplatz Dessau, Teilgebiet B

4 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm übergab das Wort an **Frau Ting Ting Wu, Parkstraße 9, 06846 Dessau-Roßlau**. Diese gab an, dass die anwesenden chinesischen Studenten nur wegen Herrn Stadtrat Jörg Schwabe erschienen sind.

Aufgrund der nicht deutlich zu vernehmenden Worte der Studentin übergab **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** das Wort an Herrn Stadtrat Weber und bat um Angabe eines Namens und einer Adresse der Studenten als Ansprechpartner für die Stadtverwaltung. Anschließend stellte sich **Frau Ting Ting Wu**, chinesische Studentin der Hochschule Anhalt, vor. **Herr Weber Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, gab an, genauere Informationen nachzureichen, er sei bereits mit der Hochschule in Kontakt getreten. Ihm war die heutige Übergabe einiger Fragen bekannt. Es gebe im Zusammenhang mit dem Gerichtsverfahren zum Mord an Yangjie Li etliche Fragen, die von der Staatsanwaltschaft und anderen bisher nicht beantwortet worden sind. Es wurde unter anderem beabsichtigt, diese heute an den Stadtrat und die Presse zu übergeben, damit die Fragen zumindest öffentlich bekannt sind. Natürlich sei es nicht möglich, alle Fragen in der heutigen Sitzung zu beantworten, jedoch sollte ein Raum für eine öffentliche Übergabe derer gefunden werden, damit bekannt ist, dass sie gestellt wurden.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm bedankte sich zunächst, nahm die Fragen von der chinesischen Studentin entgegen (**siehe Anlage**) und sagte, man gedenke der tragisch ums Leben gekommenen Kommilitonin in der Stadt, besonders im Stadtrat. Vor einem Jahr habe er im Stadtrat dazu aufgerufen, für die Eltern von Yangjie Li zu spenden. Die Einwohner Dessau-Roßlaus haben insgesamt circa 27.000 Euro gespendet, damit die Eltern einen Rechtsanwalt und alles andere zum Verfahren gehörende bezahlen können. Seines Erachtens war dies das einzige, was der Stadt bis dahin möglich war. Es wurde eine Schweigeminute eingelegt.

Frau Ting Ting Wu erklärte, dass sie nur gekommen sind, um ihre Gedanken mitzuteilen und die noch offenen Fragen beantwortet zu wissen. Sie bat den Stadtrat, darüber nachzudenken, die Hausmannstraße in Yangjie Li Straße umzubenennen.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm entgegnete, dass der Gedanke in den Stadtrat aufgenommen und darüber beraten wird. **Frau Ting Ting Wu** hinterlegte eine Unterschriftensammlung.

Herr Swen Behrendt, Pappelgrund 30, 06847 Dessau-Roßlau, äußerte seine Verwunderung darüber, dass die Niederschrift der letzten Sitzung nicht auf der Tagesordnung steht. In der Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt sei klar geregelt, dass diese bis zur nächsten Sitzung vorliegen muss, sprich heute. Er wollte sie morgen einsehen, was ihm dadurch nicht möglich ist.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm erwiderte, dass die letzte Sitzung sehr lang war. Aufgrund diverser Umstände sei die Fertigstellung nicht eher möglich gewesen. Die Niederschrift sei heute in das Ratsinformationssystem eingestellt worden und somit von den Stadträten abrufbar. Da es sich jedoch um 50 Seiten handelt, die zunächst erstmal von den Stadträten gelesen werden müssen, kann diese heute nicht genehmigt werden. Herr Stadtratsvorsitzender Ehm erklärte an Herrn Behrendt gewandt, dass er das noch bekanntgegeben hätte, er ihm jedoch zuvorgekommen ist.

Herr Behrendt fuhr mit seinem zweiten Anliegen fort. In der Parkgebührenordnung der Stadt, einzusehen auf der Homepage der Stadt unter der Rubrik „Stadtrecht“, werde in § 2 (3) angegeben, dass die Parkgebühren am Klinikum in den ersten zwei Stunden 40 ct betragen und am Tag maximal 5 Euro. Am entsprechenden Parkautomaten kosten die ersten zwei Stunden jedoch 50 ct und maximal 6 Euro am Tag. Er sei sich sicher, dass das Thema zu einem früheren Zeitpunkt im Stadtrat besprochen wurde, offensichtlich sei es jedoch nicht in der Satzung angekommen. Er fragte, ob die Satzung fehlerhaft ist oder unberechtigte bzw. falsche Parkgebühren erhoben werden.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, fragte, ob es sich um den Parkplatz hinter der Schranke oder einen anderen Parkplatz handelt. **Herr Behrendt** entgegnete, dass von dem Parkplatz direkt an der Straße vor dem Klinikum die Rede ist. **Frau Nußbeck** erwiderte, sich dies nicht erklären zu können. Es gebe in der Tat zweierlei Parkplätze, zum einen die betrieblichen auf dem Klinikumsgelände, zum anderen die öffentlichen, nur die seien von der Parkgebührenordnung betroffen. Sie sagte eine Prüfung zu.

Herr Behrendt fragte, welcher Preis nun der richtige ist. **Frau Nußbeck** gab an, dass 50 ct pro Stunde für die ersten beiden Stunden korrekt sind. Es habe eine Erhöhung gegeben. **Herr Behrendt** entgegnete, dass es in der Satzung nach wie vor anders steht. **Frau Nußbeck** sagte nochmals eine Prüfung zu.

Herr Maik Spitzer, sprach im Namen der Elternschaft der „Schule an der Muldaue“, Kreuzberg-Straße 200, 06849 Dessau-Roßlau, vor. Die Schule an der Muldaue ist eine Schule für Körperbehinderte, in der zur Zeit circa 100 Kinder unterrichtet werden. Die Elternschaft sieht in letzter Zeit massive Probleme, wie gravierende bauliche Mängel. Das Schulgebäude, errichtet Ende der 70er Jahre, ist seit vielen Jahren grundlegend sanierungsbedürftig. Es gebe katastrophale Sanitäreinrichtungen, verrottete Installationen und undichte Fenster. Die Ausstattung sei kaum behindertengerecht. Außerdem seien Pausenhof und Schulanlagen seit längerer Zeit großflächig wegen Unfallgefährdung gesperrt, d. h. die Schüler können ihre Pausen nicht adäquat verbringen. Diese Missstände wurden von der Schulleitung schon seit längerer Zeit bekannt gemacht und müssten der Stadt geläufig sein. Er verwies zudem auf einen gravierenden Lehrkräftemangel, welcher sich insbesondere in den nächsten 3 Jahren durch die Pensionierung von 9 weiteren Lehrkräften weiter zuspitzen werde. Schon jetzt sei es nicht mehr möglich, den Biologie-Unterricht an der gesamten Schule abzusichern, es gebe keinen Informatikunterricht und alle naturwissenschaftlichen Fächer werden in den nächsten 3 Jahren davon betroffen sein. In der aktuellen Bildungsoffensive des Landes Sachsen-Anhalt sei für diese Schule keine einzige Lehrerstelle neu ausgeschrieben worden. Für die Betroffenen stelle es sich so dar, dass 100 behinderte Kinder sowohl von der Stadt als auch vom Land einfach ignoriert und vergessen wurden. Daher fragte er:

- Wann und welche Sanierungsmaßnahmen sind für die Körperbehindertenschule Dessau in Bezug auf das Schulgebäude und den Schulhof vorgesehen?
- Sind in der Haushaltsplanung der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2018 Mittel speziell für diese Schule berücksichtigt worden? Wenn ja wie viele und wofür und wenn nein, warum nicht?
- Wie soll der aktuelle und absehbare Lehrermangel an der Körperbehindertenschule in den nächsten Jahren kompensiert werden?
- Wie positioniert sich die Stadt Dessau-Roßlau zur Förderung von Behinderten, um unseren Kindern die Umsetzung ihres Rechts auf Bildung und zur Teilhabe am Leben zu sichern?

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, verwies darauf, dass zum Lehrermangel nur das Land Auskunft geben kann. Als Schulträger sei die Stadt nicht zuständig. Darauf könne die Stadt demnach weder schriftlich noch mündlich antworten. Zu den Baumaßnahmen und Mitteln werde er aufgrund des Umfangs eine schriftliche Antwort erhalten. Die Stadt sei im Bilde über den Zustand der Schule und versuche ihr Möglichstes.

Herr Jakob Uwe Weber, Lebrecht-Diener-Straße 14, 06847 Dessau-Roßlau, gab an, dass Frau Nußbeck ihm noch eine Antwort aus dem vorletzten Finanzausschuss schuldet, in welchem er sie gefragt hat, wie viele Gewerbesteuererinnahmen seit 2010 nicht eingenommen werden konnten. **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und**

Beigeordnete für Finanzen, entgegnete, die Antwort offiziell im Finanzausschuss verlesen zu haben, er werde einen Auszug aus der Niederschrift zugesendet bekommen. **Herr Weber** merkte an, dass in den sozialen Medien darauf hingewiesen wurde, dass es ein erstes Gespräch zur Theaterfinanzierung zwischen Herrn Dr. Reck, Landtagsabgeordneten sowie den Intendanten des Anhaltischen Theaters gegeben hat. Im Rahmen der aktuellen Haushaltsdiskussion, in der bekannt wurde, wie groß die Haushaltslücke durch Gewerbesteuerausfälle sein wird, ergebe sich die Frage, ob mit einer ähnlichen Theater- bzw. Kulturdiskussion in nächster Zeit zu rechnen ist, wie es bereits in 2010 und 2011 der Fall war.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, erklärte, zum gemeinsamen Gespräch mit der Theaterleitung und den Landtagsabgeordneten der Regierungsfractionen CDU, SPD und Grüne eingeladen zu haben. Man habe die Entwicklung des Theaters thematisiert und erörtert, wie das Theater seinerzeit mit der Konsolidierung umgegangen ist und ob die Hausaufgaben gemacht worden. Letzteres sei klar zu bejahen. Diskutiert wurde auch, wie es in Zukunft weiter geht, damit die Finanzierung auf soliden Füßen steht. Gleichzeitig sei gemeinsam mit dem Finanzdezernat und dem Theater erörtert worden, wie die Grundfinanzierung im Zuschuss von Land und Stadt und die Dynamisierung, also die Aufteilung zwischen Stadt und Land, sowie die Einnahmesituation des Theaters selbst gestaltet sein müssen. Die Gespräche seien seines Erachtens sehr konstruktiv gewesen, auch wenn drei Landtagsabgeordnete nicht entscheiden können, wie die Stadt handeln wird, jedoch könne man sie vorab informieren. Gleichzeitig sei die Stadt mit dem Ministerium für Kultur im Gespräch, welches derzeit die Arbeitsrichtung habe, jedes Theater durchzugehen. Noch in diesem Jahr werde mit dem Land über die Theaterfinanzierung gesprochen. Die Stadt wünscht sich eine Korrektur dessen, was vor 5 Jahren passiert ist und hofft, dass sich das Land in diesen Theaterverhandlungen noch einmal deutlicher zu den Theatern, auch finanziell, positioniert. Natürlich sei die Theaterfinanzierung in den Haushalt eingestellt, unabhängig von den Gewerbesteuererträgen. Es gebe Verträge, für die die Mitarbeiter des Theaters auf 10 % ihres Gehaltes verzichtet haben. Jene sind einzuhalten und werden es auch. Es werde also keine Diskussion über das Theater geben.

Herr Jakob Uwe Weber ging auf den von ihm seit langem betreuten Komplex Windpark Mosigkau ein. In Zukunft müsse man sich im Rahmen der Energiewende sehr oft mit solchen und ähnlichen Themen beschäftigen. Der Windpark Mosigkau erstreckte sich sowohl über das Gebiet der Stadt Dessau-Roßlau, als auch des Landkreises Anhalt-Bitterfeld. Im Gebiet des Landkreises wird vom Landesamt für Umweltschutz gemeinsam mit der kommunalen Umweltbehörde eine Langzeitlärmmessung durchgeführt, an der auch die Stadt Dessau-Roßlau hätte teilnehmen können. Auf Nachfrage im Umweltamt sei mitgeteilt worden, dass die Stadt diesbezüglich kein Interesse hat, weil sie sich davon keine Nachhaltigkeit verspricht. Fraglich sei, warum sich andere Kommunen davon Nachhaltigkeit versprechen, um solide Erhebungsdaten für eine eventuelle Erweiterung des Windparks zu haben und das in Dessau-Roßlau nicht der Fall ist. Hinzu komme, dass in der Begründung von fachlich falschen Dingen ausgegangen wurde, so seien z. B. die Hauptwindrichtung und die Zeiten des Betriebes falsch dargestellt. Als Bürger sei seit längerer Zeit ein Stillstand seitens der Stadt erkennbar, währenddessen dort eine Entwicklung eingetreten sei, die vermehrt Verstöße der Betreiber der Windkraftanlagen zur Folge hatte. So wurden z. B. Beschattungsautomatiken, die Gegenstand der Genehmigungsverfahren

waren, abgeschaltet. Es sei nicht nachvollziehbar, warum diesem Thema so wenig Bedeutung beigemessen wird. Er fragte, warum an dem Standort keine Langzeitmessung mitgemacht wird, welche andere Kommunen gemeinsam mit dem Landesamt für Umweltschutz durchführen.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, übergab das Wort an **Herr Unger, Sgl Wasser- und Naturschutzbehörde**. Er gab an, dies näher prüfen zu müssen, ihm seien jedoch keine Grenzüberschreitungen bekannt. In anderen Kommunen werde es auch nicht der Fall sein, so **Herr Weber**, dennoch werde dort gemessen. Es gebe klare gesetzliche Regelungen, die Grenzwerte vorgeben, so **Herr Unger**. **Frau Schlonski** versprach eine schriftliche Antwort.

Herr Oberbürgermeister Kuras merkte an, sich nicht erklären zu können, woher Herr Weber den Eindruck entnehme, dass die Stadt sich nicht um die Windkraftanlagen kümmert – sie beschäftige sich intensiv damit. Mit dem Ortschaftsrat Mosigkau habe es ein Gespräch gegeben. In Bezug auf die monierte Stagnation sagte der Oberbürgermeister, dass kein Antrag vorliegt. Er möchte die Antragsteller auch nicht ermutigen, da er wisse, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Mosigkaus gegen die Anlage ist. Es sprechen auch viele Gründe dagegen. Hektischer Aktionismus sei nicht fortschrittlich. Die Stadt nehme Themen der Energiewende durchaus ernst und habe Preise, wie den Energy Award von Europa erhalten. Daher könne er die Aussagen des Herrn Weber nicht unwidersprochen lassen. **Herr Jakob Uwe Weber** entgegnete, dem Oberbürgermeister gern den Schriftverkehr der letzten Monate zur Verfügung stellen zu können. **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** bat darum, dies in einem Fachgespräch zu klären.

Herr Jakob Uwe Weber ging zudem auf den Wohnblock in der Friedhofstraße ein, der in letzter Zeit oft für Aufregung gesorgt habe. Er sei von ehemaligen Klassenkameraden, die ehemals Bewohner des Blockes waren, gebeten worden, zu fragen, wieso die Bürgerinitiative keine konkreten Angaben zum möglichen Kapitalbedarf für den Erwerb des Grundstückes von Seiten der DWG erhalten hat.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, entgegnete, dass der Block mehrfach diskutiert wurde, von der Bürgerinitiative seien auch unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten präsentiert worden. Die DWG habe sich damit nochmals intensiv befasst, der Beschluss zum Abriss des Gebäudes bestehe. Durch den Block in der Friedhofstraße sei noch einmal die berechtigte Diskussion um die Entwicklung des Quartiers am Leipziger Tor entstanden, bei der die Stadt derzeit ein Quartiersentwicklungskonzept mit den einzelnen Akteuren erarbeitet – unabhängig vom weiteren Umgang mit dem Block. In einer erweiterten Aufsichtsratssitzung der DWG habe es eine lange Diskussion gegeben, wo auch die Fraktionsversitzenden teilgenommen haben und hinterfragt wurde, unter welchen Rahmenbedingungen bei der DWG Entscheidungen zu Sanierung, Verkauf oder Abriss getroffen werden und ob und wie stärker städtebauliche Aspekte einbezogen werden müssen – was künftig geschehen werde. In der Sitzung sei gesagt worden, dass bestehende Beschlüsse Bestand haben. Das sei noch einmal von einer Aufsichtsratssitzung der DWG bestätigt worden. Die DWG habe sich entschieden, bei der Abrissentscheidung zu bleiben. Parallel dazu wird die Stadt das Quartiersentwicklungskonzept überarbeiten.

Frau Gerlinde Lechler, Alexandrastraße 1, 06844 Dessau-Roßlau, gab an, dass morgen die erste Beratung bezüglich des Stadtnamens in Roßlau stattfindet, nächste Woche Dienstag erfolge die zweite in Dessau. Sie wisse bei beiden Terminen nicht, ob sie daran teilnehmen kann. Daher habe sie telefonisch beim Oberbürgermeister angefragt, ob sie die Stellungnahme des Rechtsamtes schriftlich bekommen könne, damit sie ihre Meinung schriftlich dazu äußern kann. Sie habe bisher keine Nachricht erhalten. Sie wisse auch von anderen Leuten, dass sie an der Antwort des Rechtsamtes interessiert sind.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete zunächst, dass es nicht üblich sei, interne Vermerke des Rechtsamtes nach außen zu verschicken. Da es sich allerdings um ein öffentliches Thema handelt und der Ablauf für beide Veranstaltungen Ausführungen zur Rechtslage durch den Leiter des Rechtsamtes, Herrn Westhagemann, vorsieht, wird überlegt, inwieweit die verhinderten Bürgerinnen und Bürger in Besitz aller Informationen gebracht werden können. Er versicherte, dass eine Möglichkeit gefunden werde. Mindestens im Amtsblatt werde darüber informiert, auch die Tagespresse werde anwesend sein und berichten. Die Ausführungen zur Rechtslage seien nicht wirklich neu, sondern so wie bereits im Stadtrat besprochen.

Die einfachste Möglichkeit sei jedoch morgen ein Blatt für Interessenten auszugeben, erwiderte **Frau Gerlinde Lechler**. Die Veröffentlichung im Amtsblatt sei sehr spät. Sie fragte, ob man dann noch seine Meinung äußern könne, oder ob morgen bzw. am nächsten Dienstag bereits alles entschieden sei. **Der Oberbürgermeister** entgegnete, dass sie allem Anschein nach davon ausgehe, dass die Rechtslage entscheidend sei – das sei nicht der Fall. Es gebe zwar rechtliche Rahmenbedingungen, in erster Linie handle es sich jedoch um eine politische Angelegenheit, über die die Stadt befinden müsse.

Frau Gerlinde Lechler erklärte, Frau Schlonski habe in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt angegeben, dass sie heute eine Mitteilung zu den Fragen bekommen hat, die sie vor einigen Wochen gestellt hatte. Darin ging es auch um den Block in der Friedhofstraße 22 – 30 und um die dort vorhandenen Punkthäuser. Sie bat Frau Schlonski, die Mitteilung öffentlich wiederzugeben, da auch andere Personen daran interessiert seien.

Frau Schlonski entgegnete, diese gern weitergeben zu können, im Einzelnen jedoch nicht im Kopf zu haben. Auf die Frage von **Frau Lechler**, ob sie gar nicht wisse, was darin steht, sagte **Frau Schlonski**, dass sie die Antworten lediglich nicht wörtlich wiedergeben könne. Da Frau Jahn die Beantwortung dabei hatte, wurde ihr das Wort übergeben.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, gab an, die Mitteilung als Zwischenbescheid auf ihre Anfrage zu den Punkthäusern formuliert zu haben. Die Verwaltung habe ihr bestätigt, dass ihre Ausführungen zu Wohntyp, Lage und Eigentum richtig sind, es sich insgesamt früher um neun solcher Gebäude gehandelt hat und einer auf Höhe Heidestraße, Radegaster Straße aufgrund des Leerstandes bereits abgerissen worden ist. Die wohnungswirtschaftlichen Fragen seien gemäß der Bitte von Frau Lechler zum Einbezug der DWG jener zugearbeitet worden. Die DWG werde eine Antwort vorbereiten, welche das abschließende Ergebnis darstellen wird.

Frau Gerlinde Lechler fragte, wie die Stadt vorgehen werde, um für mittelschwache, ältere und behinderte Bürger Wohnungen bereit zu stellen, wenn solche Wohnungen abgerissen und jahrelang leergezogen werden. Sie bat darum, dies nicht der DWG zu überlassen, ebenso wenig wie die Entscheidung um die Friedhofstraße. Es herrsche die falsche Meinung, dass die Leute dort nicht wohnen wollen oder dass es nicht barrierefrei wäre.

Herr Bernd Klaue, Hauptstraße 67 a, 06862 Dessau-Roßlau, berichtete, dass in der vergangenen Sitzung auf Antrag des Stadtrates Dreibrodts das Bekenntnis zur Doppelstadt mehrheitlich beschlossen wurde. Er fragte, warum trotz des Bekenntnisses noch eine Bürgerbefragung notwendig ist. Seines Erachtens sei die Bürgerbefragung aufgrund des Bekenntnisses hinfällig.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, die beiden Beschlussvorlagen können auf den ersten Blick eventuell als widersprüchlich empfunden werden. Die eine sei ein Bekenntnis zu den Verträgen, die andere handle davon, dass eine Stadt die Möglichkeit haben muss, bestimmte Dinge neu zu bewerten. Seine Meinung dazu sei bekannt, jedoch schließe das eine das andere neutral betrachtet nicht aus. Noch sei man nicht bei der Anhörung; entsprechend des Beschlusses der letzten Sitzung werden beide Veranstaltungen durchgeführt, anschließend ausgewertet und am 06.12.2017 werde eine Debatte darüber stattfinden, ob es zu einer Anhörung kommen wird oder nicht. Selbst das sei dann noch nicht die Entscheidung über die Änderung des Stadtnamens, sondern nur die Frage, ob die Bürger angehört werden. Andernfalls hätte er den Beschluss aufgrund von Rechtswidrigkeit beanstanden müssen. Eine Stadt müsse die Möglichkeit haben, bestimmte Dinge neu zu überlegen, er lasse die Sinnhaftigkeit dahingestellt.

Herr Bernd Klaue fragte, was der Wirtschaftsausschuss oder die Verantwortlichen der Stadt unternommen haben, um Wirtschaft in Dessau-Roßlau anzusiedeln und was bisher gelungen sei. Es gehe bei der Änderung des Stadtnamens schließlich um Wirtschaftsförderung. **Herr Oberbürgermeister Kuras** gab an, der falsche Ansprechpartner zu sein. In erster Linie sei es jedoch die Aufgabe der Stadt selbst, durch gute Bedingungen der Wirtschaftsförderung Betriebe anzusiedeln. Vom Zeitpunkt seiner Wahl an habe er betont, dass es ihm sehr wichtig ist, mit den Wirtschaftsvertretern Hand in Hand zu handeln. Er glaube, dass an einigen Stellen ein Erfolg zu verzeichnen ist. Ob nun die Änderung des Stadtnamens ein geeignetes Mittel ist, die Wirtschaftsförderung zu bestärken, sei fraglich – auch dazu sei seine Meinung hinlänglich bekannt. Dass dort nichts passiert sei oder nicht zusammengearbeitet werde, sei jedoch eine falsche Annahme. Die Frage müsste mindestens im Wirtschaftsausschuss, wenn nicht sogar im Wirtschaftsbeirat, wo die Verbandsvertreter zusammengefasst sind, gestellt werden. Sofern es gewünscht sei, könne er die Frage dorthin weitergeben. Am besten sei es, die Frage morgen zur Veranstaltung in der Elbe-Rosell-Halle zu stellen. Dort werde Herr Paul, ein Vertreter des Wirtschafts- und Industrieclubs e. V., anwesend sein, für die Roßlauer Wirtschaft wird Herr Stadtrat Mau teilnehmen. Die morgige Veranstaltung sei das geeignete Mittel, die Wirtschaft direkt zu fragen.

Frau Regina Ewald, Grauer Steinhau 9, 06847 Dessau-Roßlau und **Frau Beate Pabel, Grauer Steinhau 13, 06847 Dessau-Roßlau**, Mitglieder der Bürgerinitiati-

ve „Keine Waldrodung zur Erweiterung der Waldsiedlung“, verlasen ihre Frage (siehe Anhang). Anschließend nahm **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** die Unterschriftensammlung entgegen. Er wies daraufhin, allmählich das Zeitlimit der Einwohnerfragestunde zu überschreiten.

Frau Kerstin Franz, Peterholzstraße 56, 06849 Dessau-Roßlau, bedauerte, dass die Stadt den Zuschlag für die LAGA 2022 nicht erhalten hat, obwohl das Konzept sehr gut war. Es werde hoffentlich, wie vom Land zugesagt, in Teilen realisiert. Andererseits seien so viele gute Ideen darin enthalten gewesen, dass sie sich Gedanken gemacht hat, wie man es besser machen kann, da die Stimmung in der Stadt zu diesem Projekt insgesamt recht negativ gewesen sei. Insbesondere in Bezug auf die Kosten habe es viele Gegner gegeben. Die Absenkung der Straße ist nicht realisierbar und war eventuell nicht die idealste Lösung. Sie habe sich Gedanken gemacht, wie man die Mulde dennoch in die Stadt holen kann. Sie fragte, wie es sei kann, dass es kein einziges Restaurant an der Mulde in Dessau, insbesondere stadtseitig, gibt und wie man die Stadt aufwerten und das Konzept weiterentwickeln kann. Sie gab an, ein Projekt entwickelt und mit Fotomontagen sowie Ideen visualisiert zu haben, welches sie gern einem Gremium vorstellen wolle.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass die Absenkung finanziell anspruchsvoll gewesen ist, es gebe jedoch Städte in Deutschland, in denen dies genauso realisiert wurde, so z. B. in Zwickau. Dass das Teilprojekt teuer werde, sei klar gewesen. Der Ministerpräsident Herr Haseloff habe die Stadt ausdrücklich ermutigt, eine Bewerbung abzugeben. Am Ende blieb in der Verwaltungsspitze der Eindruck, dass das Land ein Projekt befürwortet hat, welches relativ preiswert und weniger arbeitsintensiv ist – ohne jemandem etwas unterstellen zu wollen. Der Ministerpräsident hat der Stadt letztendlich zugesagt, dass die Stadt Teilprojekte der alten Bewerbung bekommt. Herr Oberbürgermeister Kuras sei mit Frau Jahn vor einigen Wochen zum Ministerpräsidenten Haseloff gereist, inzwischen habe das Baudezernat nachgearbeitet. Die Anträge seien gestellt, wie in seinem Bericht heute erwähnt. Was Frau Franz anspreche, sei ein wunder Punkt. Das Heranholen der Mulde an die Stadt sei eines der zentralen Punkte gewesen. Deshalb sei gemeinsam mit dem Baudezernat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen worden, die sich speziell mit den Möglichkeiten beschäftigt, so z. B. mit einem Hochufer. Die Vorschläge von Frau Franz seien willkommen. Als zuständige Gremien nannte er den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und stellte den Vorsitzenden Herrn Schönemann vor, sowie den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, dessen Vorsitzender Herr Mau heute nicht anwesend ist. Verwaltungsseitig seien Frau Schlonski und Frau Jahn zuständig. Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf die geplante Verschönerung der Askanischen Straße. Man komme voran, jedoch sei es kein derart großes Projekt mehr, wie ursprünglich geplant.

Frau Kerstin Franz sagte, dass ein Impuls wegen der insgesamt sehr schlechten Stimmung für die Stadt wichtig sei. Die Stadt habe zwei UNESCO-Welterbe-Titel für die Kultur, der dritte sei für die Natur. Das scheint den Dessauer Bürgern gar nicht bewusst zu sein, was sie bedauere. **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** verwies darauf, dass während der Einwohnerfragestunde keine Zwiesgespräche zu führen sind. Ihr Anliegen sei aufgenommen worden. Der Tagesordnungspunkt sollte abgebrochen werden, der Rest erfolge in direktem persönlichem Kontakt. **Herr Schönemann**,

Fraktion Die Linke, sprach sich dafür aus, dass ihr Anliegen über die Verwaltung und die entsprechenden Ausschüsse läuft und lud sie in seine Fraktion ein.

Anschließend schloss **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** die Einwohnerfragestunde (17:16 Uhr).

Während des Tagesordnungspunktes erschien **Frau Stabbert-Kühl, Fraktion Die Linke**, zur Sitzung.

5 Öffentliche Anfragen und Informationen

5.1 Tätigkeitsbericht des Seniorenbeauftragten Vorlage: IV/056/2017/V-50

Der Tätigkeitsbericht des Seniorenbeauftragten wurden zur Kenntnis genommen.

5.2 Tätigkeitsbericht der Kommunalen Behindertenbeauftragten Vorlage: IV/057/2017/V-50

Der Tätigkeitsbericht der Kommunalen Behindertenbeauftragten wurde zur Kenntnis genommen.

5.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Müller, SPD-Fraktion, fragte bezüglich der Friedhofstraße, warum trotz Investoren kein Verkauf ermöglicht worden ist, die Bürgerinitiative keine Antwort erhalten hat und ob die DWG bei Verkauf eine zu starke Konkurrenz fürchtet. Es wohnen nur noch wenige Bürger in dem betroffenen Block, welche sich unter Druck gesetzt fühlen; der Rest wurde leergeräumt. Die ehemaligen Bewohner fühlen sich nicht ganz wohl in ihren neuen Wohnungen und wollen zum Teil zurück, sofern der Block renoviert werden würde, was durch den Investor garantiert wäre. Mit dem Abriss des Blockes in der Friedhofstraße wollte die DWG ihr Gesicht wahren. Es gehöre jedoch viel mehr Stärke dazu, sich dazu zu bekennen, den Block stehen zu lassen. Der Abriss der Punkthäuser sei laut ihrer Kenntnis sehr teuer, insbesondere der Block auf der Seite des Netto Discounters. Aufgrund der Nähe zur Straße sei ein Abriss mit Abrissbirne nicht möglich.

Zuletzt monierte Frau Müller, noch keine Antwort auf ihre Anfrage aus der letzten Stadtratssitzung zu den Bäumen in der Willy-Lohmann-Str./Askanische Straße erhalten zu haben.

Anmerkung des Protokolls:

Frau Kahl, Sb kommunaler Sitzungsdienst, überreichte Frau Müller eine Kopie des Antwortschreibens.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, gab an, dass seine Fraktion nicht die Auffassung teilt, den Block abreißen zu müssen. Bei einer Sitzung des Stadtbezirksbeirates innerstädtisch Mitte-Süd habe er festgestellt, dass sich die Bürgerinitiative veralbert

vorkommen müsste, da es einen zweiten Termin mit der DWG geben sollte, welcher nie zustande kam. Er betonte, nicht anwesend gewesen zu sein, als einige Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses den Abriss befürwortet haben.

Heute werde der Sozialbericht vorgestellt, in dem ersichtlich ist, wie sich die Stadt entwickelt. Die Entwicklung sei nicht verwunderlich. Die DWG habe den Arbeitgeberverband verlassen, was er als Tariffucht ansehe. Es handle sich um ein Unternehmen der Stadt. Wenn der Tarifvertrag zu teuer sei, frage er sich, warum keine Gespräche mit der zuständigen Gewerkschaft aufgenommen wurden. Es gebe in diesem Tarifvertrag eine Klausel, die das ermöglicht. Im Stadtrat habe es einst einen Beschluss zur Tariftreue der Tochterunternehmen der Stadt gegeben. Wenn gleiche Arbeit unterschiedlich entlohnt wird, sei es nicht verwunderlich, dass der soziale Bereich immer weiter absackt. Herr Eichelberg forderte die DWG auf, unverzüglich Tarifverhandlungen mit der zuständigen Gewerkschaft anzustreben. Er wisse, dass dazu ein Schreiben existiert. Er erwarte von der Aufsichtsratsvorsitzenden Frau Schlonski, entweder mit der Gewerkschaft über die Tarifvertragsklausel zu reden oder einen Haustarifvertrag zu erwirken. Tochterunternehmen dieser Stadt bedienen sich zudem an Zeitarbeitsfirmen, welche bekanntermaßen schlechter zahlen, als Firmen mit Festangestellten. Die Stadt sollte in der Hinsicht eine Vorbildfunktion einnehmen.

Am 25.09.2017 seien zum B-Plan der Waldsiedlung Kochstedt Gespräche zwischen den Fraktionsvorsitzenden, dem Oberbürgermeister, der Beigeordneten Frau Schlonski und dem Bauherren geführt worden. Dabei sei festgelegt worden, dass Frau Schlonski Kontakt zur Bürgerinitiative aufnimmt und einen gemeinsamen Termin organisiert, zu dem die Initiative die Möglichkeit hat, gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden, der Verwaltung und dem Bauherren nach Lösungen zu suchen. Bis heute sei ihm kein Termin bekannt, obwohl das Gespräch bereits vier Wochen her sei. Man müsse sich nicht wundern, dass sich die Bürger fragen, was dort vorgeht. Herr Eichelberg erklärte, er erwartet schnellstmöglich einen Termin gemäß des Auftrages des Oberbürgermeisters.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm bat Herrn Eichelberg um Beachtung der Redezeit.

Man könne es sich als Stadtrat nicht mehr bieten lassen, dass Termine versprochen, aber nicht durchgeführt werden, so auch beim Beispiel Friedhofstraße, sagte **Herr Eichelberg**.

Herr Ehm bat alle noch vorsprechen wollenden Stadträte um Einhaltung der Disziplin.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, entgegnete bezüglich der Waldsiedlung, dass derzeit noch einige Fragen zu klären sind, die im Rahmen der Sitzung entstanden. Dazu mussten Antworten vom Land eingeholt werden. Es gebe Terminvorplanungen – der Bauherr, Herr Geissel, habe signalisiert, dass er Ende November zur Verfügung steht. Ein konkreter Termin stehe noch nicht fest, werde jedoch benannt.

Es habe einen ersten Termin mit der Bürgerinitiative "Gegen den Abriss der Friedhofstraße 22-30" und der DWG gegeben, so Frau Schlonski weiter. Vorrangig handle

es sich um ein Thema der DWG. Da es ihr als Vertreterin der Stadt ein Anliegen war, über die Quartiersentwicklung zu reden und die Initiative auch daran interessiert war, wurde die Bürgerinitiative ernst genommen und eingebunden. Von städtischer Seite wurde zu einem zweiten Termin eingeladen, explizit zur Erarbeitung des Quartiersentwicklungskonzeptes. Die Initiative habe gute Anregungen geliefert, die Erstellung dauere jedoch einige Zeit. Die Entscheidung über den Abriss liege jedoch ganz klar bei der DWG.

Herr Fessel, Fraktion Die Linke, ging auf die erste Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Lärmplanungsaktion bis zum 31.10.2017 ein und merkte an, dass 2.118 Bürger aus Dessau-Roßlau an Hauptverkehrsstraßen wohnen, wo der Wert über 55 Dezibel liegt. In der dritten Stufe der EU-Lärmkartierung steht, dass die EU-Kommission großen Wert auf die umfangreiche Beteiligung der Bevölkerung legt. Er fragte, welche Maßnahmen die Stadt ergriffen hat, um die Bürger darüber zu informieren und ob eine Bürgerbeteiligung beabsichtigt wird. Bisher hätten sich nur 7 Bürger beteiligt.

Des Weiteren stellte er sich die Frage, ob es gesetzlich geregelt ist, wie viele Quadratmeter für ein Kind in einer Kindereinrichtung, d.h. Hort und Kindergarten, vorhanden sein müssen. Er bat um eine Aufstellung, wie viele Quadratmeter in den einzelnen städtischen Kindergärten und Horten pro Kind zur Verfügung stehen. Außenbereich und Diensträume seien nicht einzubeziehen.

Frau Perl, SPD-Fraktion, berichtete, den Zorn einer Bürgerin über die Schließung der Stadtparkasse in der Ackerstraße telefonisch erfahren zu haben. Dort wohnen viele ältere Bürger, die mit den modernen Möglichkeiten, wie Online-Banking, nicht vertraut sind. Sie fragte, ob es Überlegungen in der Stadtparkasse gibt, die Kundentreue für ältere Bürger vor Ort sicherzustellen.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass die Maßnahmen, die der Verwaltungsrat der Stadtparkasse ergreifen musste, schwierig waren. Die Filiale in der Ackerstraße rief eine lebhafte Debatte hervor, an der sich insbesondere Stadtrat Frank Hoffmann als Mitglied des hiesigen Stadtbezirksbeirates beteiligt hat. Zumindest in großen Teilen habe der Verwaltungsrat eine Lösung gefunden. Die Filiale sei so analysiert worden, dass es relativ wenig Beratung, aber sehr viele Geldbewegungen an den Geldautomaten, davon viele mit relativ geringen Beträgen, gibt. Die Beratung wurde daher konzentriert, die nächste Filiale ist die Hauptstelle. In der Wagner-Passage werde ein neuer Geldautomat errichtet, sodass die Geldbewegungen weiter möglich sind. Er schlug vor, eine schriftliche Antwort an die Bürgerin über Frau Perl zu senden. Die Niedrigzinsphase treffe auch die Stadtparkassen, ebenso sei mit einer Regulatorik durch die EZB zu kämpfen, die viele Kräfte bindet und die Zeit und Kraft für den Kunden einschränkt.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, davon ausgegangen zu sein, dass Herr Schönemann die Einwohnerin Frau Franz mit ihren Vorschlägen zur ehemaligen LAGA-Bewerbung in den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt einlädt. Stattdessen habe er sie in seine Fraktion eingeladen – dies halte er nicht für den richtigen Weg. Er forderte Herrn Schönemann daher zur Einladung von Frau Franz in die nächste Bauausschuss-Sitzung auf, um ihre Vorschläge für alle vorzustellen und nicht in alle Fraktionen gehen zu müssen.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, verwies auf die vor zwei Jahren auf der Neugeborenen-Station des Städtischen Klinikums abgegebenen 116 Paar Stricksöckchen. Er habe heute Frau Stadträtin Sanftenberg, die in der Zwischenzeit sehr viel Wolle gespendet hat, 211 Stricksöckchen-Paare für das Städtische Klinikum übergeben. Er forderte alle Stadträtinnen und Stadträte, sowie Bürgerinnen und Bürger, die Wolle spenden wollen, auf, dies bei ihm zu tun, damit die 68-jährige Dame weiter stricken kann.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, ging auf eine Anfrage von Herrn Stadtrat Adamek zur Lärminderung in der Köthener Straße ein. Im Gespräch mit dem Sprecher der Initiative habe er erfahren, dass ein Fußgängerüberweg notwendig sei. Er fragte nach dem aktuellen Stand.

In dem Zusammenhang habe Herr Adamek schriftlich eine Frage zur Ludwigshafener Straße, Thema Tempo 70, gestellt. Die Antwort sei darauf hinausgelaufen, dass dort eine Ampellösung vorgesehen ist, was er für eine Verschwendung halte. Eher sollte auf der ganzen Strecke das Tempolimit bei 50 km/h liegen. Zu erörtern sei die Zeitersparnis im Hinblick auf die Ampellösung.

Zudem habe er heute eine Anfrage an den Stadtpflegebetrieb gestellt, weil in der Ziebigker Straße eine Nestschaukel gefehlt hat. Innerhalb von 5 Minuten habe er die Antwort erhalten, dass es sich um Diebstahl handelt. Er äußerte seine Empörung.

Herr Stadtrat Mrosek habe sich einst kritisch zum Zustand der Spielplätze geäußert, so Herr Meier weiter. Auf die Anfrage habe Herr Mrosek eine sehr umfangreiche Antwort zur Spielplatz-Arbeit des Stadtpflegebetriebes und der Stadt erhalten. Insgesamt werden jährlich circa 160.000 Euro für Spielplätze aufgewendet, es werde somit sehr umfassend gehandelt. Er hätte sich gefreut, wenn Herr Mrosek die Antwort hier verlesen und nicht nur Kritik geäußert hätte.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm verwies auf das Ende seiner Redezeit.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, bemerkte, dass mit der Beschlussvorlage FV/002/2017/StR „Durchführung einer Bürgerbefragung zur Umbenennung der Stadt Dessau-Roßlau in Dessau“ ein zeitlicher Rahmen beschlossen wurde. In den Stadtratsbeschluss seien zwei Beschlüsse eingebaut: Am 06.12.2017 werde darüber befunden, ob tatsächlich eine Bürgerbefragung stattfinden soll und ggf. werde im März 2018 nach der Auswertung dessen darüber entschieden, ob ein Antrag auf Änderung des Stadtnamens gestellt werden sollte. Zum Thema Stadtnamen gebe es eine äußerst differente Meinung im Stadtrat. Einige Stadträte wollen den Stadtnamen bereits seit 10 Jahren ändern, andere weisen darauf hin, dass er festgeschrieben ist und bleiben sollte. Für die Entscheidung am 06.12.2017 werden die Großveranstaltungen in der Roßlauer Elbe-Rosell-Halle und der Dessauer Marienkirche sehr hilfreich sein. Diese seien Gelegenheiten, die Meinung und den Willen der Bürger zum Stadtnamen aus erster Hand zu erfahren. Hört man die Stimmen der Bürger im Vorfeld dieser Veranstaltungen, scheint schon jetzt klar zu sein, dass die Bürger keine Zuschauer von Podiumsdiskussionen zu den mehrfach bekannten Meinungen der Stadträte sein wollen, sondern sich deutliche Antworten auf ihre konkreten Fragen wünschen. Sie wollen ihre eigene Meinung artikulieren. Daher bat er die

Veranstalter, die Bürger möglichst ausgiebig zu Wort kommen zu lassen. Die Meinung der Einwohner sei als Entscheidungshilfe für den Beschluss am 06.12.2017 notwendig. Er bat die Stadträte an beiden Veranstaltungen teilzunehmen, um die Stimmung der Bürger direkt zu erfahren.

Herr Semper, Fraktion Die Linke, erklärte, auf der Herfahrt zur Sitzung knapp einem Auffahrunfall mit einem Bus entkommen zu sein. Daher fragte er nach der Sinnhaftigkeit der Ampelanlage an der Muldbrücke, Einfahrt Ost. Weiterhin verwies er auf die Broschüre zum Programm des 100. Bauhausjubiläums, die sehr viele Rechtschreib- und Grammatikfehler enthält und bat um redaktionelle Überarbeitung.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, wies Herrn Stadtratsvorsitzenden Ehm daraufhin, dass die Redezeit in der Geschäftsordnung in Bezug auf die Einwohnerfragestunde oder die Anfragen und Informationen der Stadträte nicht definiert sei. Lediglich die Gesamtlänge des Tagesordnungspunktes sei festgeschrieben. Der Stadtrat wollte die Regelung einst präzisieren, habe dies jedoch noch nicht getan. Insofern seien die Anmahnungen im Augenblick eventuell für die Disziplin von Bedeutung, rein rechtlich habe Herr Stadtratsvorsitzender Ehm jedoch keine Grundlage.

Anschließend wandte sich Herr Schönemann an Herrn Otto und stellte richtig, die Anhörung von Frau Kerstin Franz etwas abkürzen und sich persönlich in der Fraktion über ihre Vorschläge informieren zu wollen, da die Begleitung über die Verwaltung hin in den Ausschuss etwas länger dauert.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm entgegnete, sich an den anderen, in der Geschäftsordnung festgesetzten Redezeiten zu orientieren. Man müsse nicht alles überregulieren, wenn Redezeiten bereits an anderer Stelle festgelegt sind.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, gab an, dass letzten Donnerstag die Auftaktkonferenz zum Projekt „Wildnis wagen“ im Wasserturm am Leipziger Tor stattgefunden hat. Es gehe darum, in fünf Jahren auszuprobieren, inwieweit man Nutzungen ändern kann, um Kosten zu reduzieren und um der Natur bestimmte Fläche zurückzugeben, ohne den Eingriff der Stadt. Die Fraktion habe darauf hingewiesen, dass es wichtig sei, aus dem Quartier heraus zu denken, wie die Flächen zu gestalten sind. Es habe sich um eine interessante Veranstaltung zum Thema Quartierskonzept und -management gehandelt. In der Augustsitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sei gesagt worden, dass im September geklärt werde, wie das Quartierskonzept finanziell untersetzt wird bzw. ob es vergeben wird. Er wäre sehr dankbar für eine schnelle diesbezügliche Antwort, weil Ende November die Frist zur Beantragung der Städtebauförderung ablaufe. Darüber hinaus sei beim Rundgang zum Projekt „Wildnis wagen“ ein Blick auf das Quartier geworfen worden. Es gebe natürlich mitten im Konsolidierungsgebiet Leerstände und Häuser, die abgerissen werden sollen. Seines Erachtens bedarf es eines Moratoriums, eines Abrissstopps am Leipziger Tor. Zunächst werde ein Quartierskonzept gebraucht. Es habe sich so viel verändert bis dahin, sodass manch einer der Meinung sei, dass der Grünzug an einer anderen Stelle gebraucht werde. Denn da, wo er verlaufen sollte, sei längst etablierte Bebauung. Ein Abrissstopp sei unabdingbar.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, berichtete von einem ihm zugegangenen Schreiben: Eine Familie sei angezeigt/angeschrieben worden wegen illegaler Einleitung von Re-

genwasser über ihre Abfahrt in das städtische System. Man bezieht sich darin auf die Abwasserordnung vom 18.05.2016. Die Einfahrt sei circa 20 Jahre alt. Er bat um Kontaktaufnahme zur Klärung der Fragen der Familie, die ihm gestellt wurden. Diese könne er fachlich nicht beantworten. Es sei zu betrachten, ob ein Umbau der Einfahrt nötig ist oder eine andere Lösung gefunden werden kann. Die Familie habe einen Monat Zeit für eine Stellungnahme.

Am 17.09.2017 sei per Mail eine Anfrage eines Ortsbürgermeisters an das Baudezernat mit der Bitte um Abstimmung eines Termins am 12.10.2017 eingegangen, führte Herr Adamek fort. Der 12.10.2017 sei jedoch ohne Antwort verstrichen. Da die Beantwortungen von Fragen recht lange dauern, bat er den Oberbürgermeister, noch in diesem Quartal oder im nächsten Jahr eine Richtlinie zum Umgang mit öffentlichen Anfragen zu erstellen. Wenn die E-Mail noch nicht beantwortet wurde, müsse sie noch ungelesen im Postfach sein. Nach 4 Wochen müsse eine Antwort vorliegen. Terminanfragen seien direkt zu klären.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass die Frist laut Geschäftsordnung 6 Wochen betrage. Neben dem Tagesgeschäft sei es nicht einfach, die steigende Anzahl von Einzelanfragen zu beantworten. Dennoch müsse die Beantwortung schnellstmöglich erfolgen. **Herr Adamek** erwiderte, dass die 6 Wochen vollkommen in Ordnung seien. Wenn die Terminanfrage jedoch für ein Zeitfenster von 4 Wochen sei und man die 6 Wochen Frist ausnutzt, so sei der Termin auch vorbei.

Auf die Äußerungen von Herrn Semper zum Nicht-Kreisverkehr eingehend, stellte Herr Adamek die Frage, warum daraus kein tatsächlicher Kreisverkehr gemacht werde.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bat den Abriss im Stadtkern zu überdenken. Andererseits – dazu habe sich nun auch die Meinung der SPD-Fraktion geändert – werde in der Waldsiedlung Kochstedt gebaut, wo alte Baumbestände stehen. Es sei zu überlegen, ob das die richtige Entwicklung ist. Natürlich handle es sich um ein unterschiedliches Klientel, welches dort einziehen will. Dennoch sei zu erörtern, wie Bebauungen im Stadtkern und nicht in den Außenbezirken möglich sind.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, ergänzte, bereits im Hauptausschuss am 19.04.2017 dazu eine Anregung ausgesprochen zu haben. Er habe sich ebenso im vorletzten Amtsblatt positioniert und darauf verwiesen, wie andere Städte mit solchen Flächen im Stadtgebiet umgehen und diese mit dem Ziel an den Markt bringen, insbesondere junge Familien anzusiedeln. Er knüpfte an die Anregung an und rief die Verwaltung dazu auf, diese auf den Weg zu bringen. Die Zeit laufe davon, weil die Stadt nicht in der Lage sei, entsprechende Ideen zeitnah umzusetzen und diese mit Plänen und Rahmenbedingungen zu versehen. Er erinnerte, angeregt zu haben, ein Gebiet in dem Quartier gezielt für eine Eigenheim- bzw. begrenzte Mehrfamilienbebauung zu beplanen und die Ansiedlung junger Familien durch Zuschüsse der Stadt beim Erwerb des Baulandes zu fördern. Die Stadt brauche junge Familien, bei Abriss im Stadtkern sei dies der richtige Weg, wieder Leben in die Innenstadt zu bringen. Er sei wieder ein halbes Jahr vergangen und trotz der freundlichen Erinnerung im Amtsblatt habe er keine Bewegung an der Stelle erfahren. Die Stadt brauche das Rad nicht neu erfinden, sondern sich lediglich an anderen Städten Sachsen-Anhalts ein Beispiel nehmen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, sagte, die Ausführungen des Oberbürgermeisters zum Fernbleiben des Baudezernates bei der Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus seien unzulänglich. Er hätte erwartet, dass Frau Schlonski persönlich öffentlich Stellung nimmt. Da dies nicht geschehen ist, forderte er Frau Schlonski auf, sich schriftlich bei den Architekten, der Architektenkammer und der IHK zu entschuldigen, da diese alle anwesend waren.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, führte ergänzend zu den Ausführungen des Oberbürgermeisters aus, dass sie am 29.09.2017 vormittags eine herkömmliche Einladung zur Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus erhalten hat, aus der für sie in keiner Weise ersichtlich war, dass es in der Sitzung spezielle Anforderungen/Aufgabenstellungen für das Baudezernat gebe. Es sei nicht darauf hingewiesen worden, dass die Anwesenheit des Baudezernates zwingend erforderlich ist. Sie habe über das Veranstaltungsformat des Wirtschaftsausschusses aus der Zeitung erfahren. Sie finde es richtig, dass sie hätte anwesend sein müssen. Es handle sich um ein Thema der Bauverwaltung. Wenn dieses kommuniziert worden wäre, hätte sie eine gemeinsame Sitzung des Wirtschaftsausschusses mit dem Bauausschuss vorgeschlagen. Sie frage sich, warum niemand die Notwendigkeit ihrer Anwesenheit kommuniziert habe, der Ausschussvorsitzende Herr Mau hätte sie jederzeit ansprechen können, so auch jeder andere. Sie bedauere ihre Abwesenheit.

6 Beschlussfassungen

6.1 Neuordnung von Schiedsstellenbezirken der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/321/2017/I-OB

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Einrichtung folgender Schiedsstellen der Stadt Dessau-Roßlau:

„Schiedsstelle I der Stadt Dessau-Roßlau“

Zuständigkeitsbereich: innerstädtischer Bereich Nord, Ziebigk, Siedlung, Großkühnau, Kleinkühnau (bisher Schiedsstellen I und V)

„Schiedsstelle II der Stadt Dessau-Roßlau“

Zuständigkeitsbereich: innerstädtischer Bereich Mitte, innerstädtischer Bereich Süd, Süd, Haideburg, Törten, Mildensee, Waldersee, Kleutsch, Sollnitz (bisher Schiedsstellen II und III)

„Schiedsstelle III der Stadt Dessau-Roßlau“

Zuständigkeitsbereich: West, Alten, Zoberberg, Kochstedt, Mosigkau (bisher Schiedsstelle IV)

„Schiedsstelle IV der Stadt Dessau-Roßlau“

Zuständigkeitsbereich: Rodleben, Brambach (bisher Schiedsstelle VI)

„Schiedsstelle V der Stadt Dessau-Roßlau“

Zuständigkeitsbereich: Roßlau, Meinsdorf, Mühlstedt, Streetz/Natho (bisher Schiedsstelle VII)

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

6.2 Wahl von Schiedspersonen für die Schiedsstellen I bis V der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/320/2017/I-OB

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, bat die anwesenden Bewerber sich nach Aufruf von den Plätzen zu erheben. Entschuldigt waren Frau Sibylle Lohmann, Frau Magdalene Kuhfeldt, Frau Kerstin Hayn und Herr Hubert Krüger.

Nach dem Aufruf zur Abstimmung verwies **Herr Semper, Fraktion Die Linke**, darauf, dass es sich um eine Wahl handelt und dementsprechend laut der Geschäftsordnung die Frage zu stellen ist, ob eine geheime oder eine offene Wahl gewünscht wird.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, dankte für den Hinweis und erklärte, Herr Semper hat ihm genau einen Satz zu früh das Wort genommen.

Dem Vorschlag, die Wahl in offener Abstimmung durchzuführen, wurde einstimmig zugestimmt (37:00:00).

Beschluss:

Der Stadtrat wählt folgende Personen für die Besetzung der Schiedsstellen I bis V der Stadt Dessau-Roßlau:

1. für die Schiedsstelle I der Stadt Dessau-Roßlau

Vorsitz: **Frau Sibylle Lohmann** (seit 2012 im Amt)
Rosenburger Straße 19 A, 06846 Dessau-Roßlau

weitere Schiedsperson: **Herr Norbert Wagner** (seit 2012 im Amt)
Jahnstraße 45, 06846 Dessau-Roßlau

2. für die Schiedsstelle II der Stadt Dessau-Roßlau

Vorsitz: **Frau Magdalene Kuhfeldt** (seit 1992 im Amt)
Coswiger Straße 12, 06844 Dessau-Roßlau

weitere Schiedsperson: **Frau Margret Wenzel** (seit 2012 im Amt)
Zirkelweg 11, 06842 Dessau-Roßlau

3. für die Schiedsstelle III der Stadt Dessau-Roßlau

Vorsitz: **Herr Wilfried Männich** (seit 1998 im Amt)
Hausmannstraße 12, 06844 Dessau-Roßlau

weitere Schiedsperson: **Frau Kerstin Hayn** (seit 2012 im Amt)
Angerstraße 14, 06844 Dessau-Roßlau

4. für die Schiedsstelle IV der Stadt Dessau-Roßlau

Vorsitz: **Herr Jürgen Necker** (seit 2012 im Amt)
Heinrich-Heine-Straße 8, 06861 Dessau-Roßlau

weitere Schiedsperson: **Herr Hubert Krüger** (seit 2012 im Amt)
Roßlauer Straße 5 b, 06861 Dessau-Roßlau

5. für die Schiedsstelle V der Stadt Dessau-Roßlau

Vorsitz: **Herr Denis Geserick** (seit 2006 im Amt)
Buchenweg 15, 06862 Dessau-Roßlau

weitere Schiedsperson: **Herr Egon Papke** (seit 2006 im Amt)
Goethestraße 52, 06862 Dessau-Roßlau

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

Die anwesenden Schiedspersonen nahmen die Wahl an.

Im Anschluss wurde um 18:03 Uhr eine 20-minütige Pause durchgeführt.

Während der Pause verließen Herr Hernig, Freie Fraktion und Herr Krüger, Fraktion Die Linke, die Sitzung. Herr Mau, CDU-Fraktion, erschien zur Sitzung.

6.3 **Abberufung von Herrn H.-P. Dreibrodt als Mitglied des Aufsichtsrates der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft DWG Berufung von Frau Gabriele Perl als Mitglied des Aufsichtsrates der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft DWG Vorlage: FV/008/2017/SPD**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Abberufung von Herrn H.-P. Dreibrodt als Mitglied im Aufsichtsrat der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft DWG.
2. Der Stadtrat beruft Frau Gabriele Perl als Mitglied im Aufsichtsrat der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft DWG.

Abstimmungsergebnis: 31:01:04

6.4 **Straßenbenennung - Dr.-Helmut-Kohl-Straße (vorberaten als Dr.-Helmut-Kohl-Chaussee) Vorlage: FV/005/2017/CDU**

Herr Adamek, CDU-Fraktion, erklärte, dass Herr Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler a.D., Ehrenbürger Europas und Kanzler der Einheit, maßgeblich an der Gründung der Städtepartnerschaft zwischen Dessau und seiner Heimatstadt Ludwigshafen beteiligt war und ein starker Unterstützer im Rahmen des Hochwassers 2002 gewesen ist. Mit dem Hinweis, dass auf den Dokortitel verzichtet wird, weil das heutzutage so üblich ist, bat er um Zustimmung zur Vorlage.

Die Abstimmung zur Straßenbenennung - Helmut-Kohl-Straße - war mehrheitlich (18:16:01).

Die Abstimmung wurde wiederholt.

Beschluss:

Es wird beschlossen, den Abschnitt der „Ludwigshafener Straße“ zwischen „Heidestraße“ und „Gliwicer Straße“ in „**Helmut-Kohl-Straße**“ umzubenennen.

Abstimmungsergebnis: 19:15:01

Während der Verhandlung des Tagesordnungspunktes verließ Herr Dreibrod, Freie Fraktion, die Sitzung.

An Herrn Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gewandt, verwies **Herr Dr. Hunger, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, auf ein Gespräch mit ihm am Ende der Pause und stellte fest, dass es sich um eine einfache Abstimmung zur Vorlage gehandelt hat, aber wohl ein Problem darstellte. Erwidernnd bat **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** Herrn Dr. Hunger den Platz im Präsidium zu besetzen, damit er weiß, worum es geht.

6.5 Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau
Vorlage: BV/214/2017/V-SKD

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, führte aufgrund von Anfragen einiger Bürger, ob im Städtischen Klinikum Gewinne erwirtschaftet werden müssen, aus, dass die Erwirtschaftung von Gewinnen erforderlich ist, weil das Land, das eigentlich für die Investitionen zuständig ist, sich dieser Verpflichtung entzieht. Das wurde ständig im Rechnungsprüfungsausschuss und im Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum kritisiert, aber vom Land nicht gehört. Dieses Ergebnis ist hoch anzurechnen, da damit das Städtische Klinikum am Laufen gehalten wird.

Beschluss:

Es wird beschlossen:

1. Der Jahresabschluss wird gemäß § 19 (4) EigBG festgestellt (Formblatt 7).
2. Der Jahresüberschuss wird in die Rücklage eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

6.6 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2016
Vorlage: BV/215/2017/V

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, sprach der Betriebsleitung seinen Dank für die gute Arbeit aus.

Beschluss:

Der Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2016 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

6.7 Änderungsplan Nr. 115 A "Erweiterung Klinik- und Gesundheitszentrum" - Durchführung der frühzeitigen Beteiligung
Vorlage: BV/269/2017/III-61

Beschluss:

1. Das beiliegende Informationsblatt (Anlage 2) wird zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit zum Änderungsbebauungsplan Nr. 115 A „Erweiterung Klinik- und Gesundheitszentrum“ gebilligt.
2. Der städtebauliche Vertrag, der die Übernahme der Planungskosten durch das Städtische Klinikum Dessau regelt, wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) gebilligt und zur Unterzeichnung bestimmt.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

6.8 11. Änderung Flächennutzungsplan Dessau für die Erweiterung des Städtischen Klinikums Dessau westlich des Auenwegs - Durchführung der frühzeitigen Beteiligung
Vorlage: BV/270/2017/III-61

Beschluss:

Der in der Anlage 2 beigefügte Vorentwurf zur 11. Änderung des Flächennutzungsplanes Dessau und die dazugehörige Begründung mit vorläufigem Umweltbericht (Anlage 3) werden zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gebilligt.

Abstimmungsergebnis: 35:00:00

6.9 Herstellung Besucherparkplatz Bauhaus Museum Dessau und Anpassungsarbeiten im Stadtpark - Maßnahmebeschluss
Vorlage: BV/297/2017/III-61

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, ging auf den Punkt 3 der Beschlussvorlage ein, in dem steht, dass der Beschluss 1 und 2 unter dem Vorbehalt der Bewilligung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns durch das Landesverwaltungsamt steht und ergänzte, dass wir nicht den vorzeitigen Maßnahmenbeginn rechtzeitig genehmigt bekommen, sondern gleich die Bewilligung fest zugesagt worden ist.

Beschluss:

1. Die Maßnahme Herstellung Parkplatz und Anpassungsarbeiten wird mit einem Wertumfang von 883.400 € beschlossen.
2. Die Freigabe der Mittel für die anstehenden Ausschreibungen erfolgt durch Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung (VE) im Haushaltsplan 2017 in Höhe von 642.400 EUR für 2018 und einer außerplanmäßigen VE in Höhe von 152.100 EUR für das Haushaltsjahr 2018.
3. Beschluss 1 und 2 stehen unter dem Vorbehalt der Bewilligung des vorzeitigen Maßnahmebeginns durch das Landesverwaltungsamt.

Abstimmungsergebnis: 34:00:01

**6.10 Bebauungsplan Nr. 224 "Wohngebiet an der Wilhelm-Busch-Straße" -
Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/350/2017/III-61**

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, ergänzte, dass die Beschlussvorlage sowohl im Ortschaftsrat Kochstedt als auch im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt einstimmig beschlossen wurde. Im Vergleich zu der Beschlussvorlage, die in der OB-Dienstberatung beschlossen wurde, hat es die Ergänzung gegeben, dass dem Investor vom Landesamt für Vermessung und Geoinformation eine Flurstücknummer für ein neu festzulegendes Grundstück und der Lizenzierungsschlüssel für die Verwendung des Liegenschaftskatasters vermittelt wurde, so dass die im Bebauungsplan ausgewiesenen Grundstücke auch mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.

Beschluss:

1. Der in der Anlage 2 beigefügte städtebauliche Vertrag wird gebilligt und zur Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister bestimmt.
2. Der in Anlage 3 beigefügte und geänderte Geltungsbereich für den in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 224 „Wohngebiet an der Wilhelm-Busch-Straße“ wird bestätigt.
3. Der in der Anlage 4 beigefügte Entwurf des Bebauungsplans Nr. 224 „Wohngebiet an der Wilhelm-Busch-Straße“ und der in der Anlage 5 beigefügte Entwurf der Begründung mit Umweltbericht werden gebilligt.
4. Der gebilligte Entwurf des Bebauungsplans Nr. 224 „Wohngebiet an der Wilhelm-Busch-Straße“ sowie der dazugehörigen Begründung mit Umweltbericht sind nach § 3 Abs. 2 BauGB zusammen mit den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen und den verfügbaren Arten umweltbezogener Informationen (siehe Anlage 6) öffentlich auszulegen. Die beteiligten Behörden

und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis: 33:00:02

**6.11 Erschließungsverträge zum Bebauungsplan 224 "Wohngebiet an der Wilhelm-Busch-Straße"
Vorlage: BV/354/2017/III-66**

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, gab bekannt, dass der Ortschaftsrat Kochstedt und der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt der Beschlussvorlage ohne Gegenstimme zugestimmt haben.

Beschluss:

1. Der in der Anlage 2 beigefügte Entwurf des „Städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 BauGB zur Regelung der inneren und äußeren Erschließung zum Bebauungsplan Nr. 224 ‚Wohngebiet an der Wilhelm-Busch-Straße‘ in Dessau-Roßlau, Ortsteil Kochstedt“ wird gebilligt. Der Vertrag wird zur Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister bestimmt, sobald und soweit nach der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zum Entwurf des Bebauungsplanes keine für den Inhalt des Vertrages relevanten Änderung und/oder Ergänzungen erforderlich werden.
2. Der in der Anlage 3 beigefügte Entwurf des Erschließungsvertrages „Erschließung in Dessau-Roßlau ‚Wohnbebauung Hirtenhausiedlung Dessau-Kochstedt‘, Bebauungsplan 224“ zwischen der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH sowie deren Tochtergesellschaften Dessauer Stromversorgung GmbH, Gasversorgung Dessau GmbH und der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH und der PROJECTA Grundstücksverwertung GmbH wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: 34:00:01

**6.12 Novellierung des Maßnahmebeschlusses zur Beseitigung von Hochwasserschäden und zum Teilrückbau von Bauwerken auf dem Gelände des ehemaligen Freibades "Rehsumpf"
Vorlage: BV/246/2017/III-65**

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, sprach dem Verein, der die Initiative ergriffen hat eine Tradition aufzunehmen, die in dieser Stadt eine Historie hat, seinen Dank aus und signalisierte, dass seine Fraktion alles dafür tun wird, damit das kein Flopp wird. In der öffentlichen Diskussion wurden Vergleiche mit landespolitischen Aspekten gezogen, was letztendlich bspw. das Gropiusgymnasium betrifft. Hier ist man ein Stück weit in den Vergleichen nicht ganz fair gewesen, weil das so nicht zu vergleichen ist. Es macht Sorgen, dass für dringend notwendige Aspekte, wenn es um die Problematik der Turnhalle eines Gymnasiums geht, eine Landesregierung Jahre braucht, um zu erkennen, dass Infrastruktur in diese Richtung auch einer Begleitung bedarf. Er bat die Fraktionen, die auch in der Landesregierung vertreten sind, sich noch einmal, vielleicht mit der Möglichkeit sich an den Ministerpräsidenten

zu wenden, für einen Vororttermin für die Problematik Turnhalle einzusetzen, um hier mit Stadträten eine Lösung für das Gropiusgymnasium zu finden. Er wünschte den Mitgliedern des Vereins Rehsumpf alles Gute.

Beschluss:

Der Gesamtausgabebedarf zur Umsetzung der Maßnahme erhöht sich von bisher 360.000,00 € um 217.343 € auf 577.343 €. Die Finanzierung erfolgt zu 100 % aus dem Förderprogramm zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013.

Abstimmungsergebnis: 23:01:11

**6.13 Rathaus Altbau - Sanierung Dach / Westfassade einschl. Turm
Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses
Vorlage: BV/309/2017/III-65**

Beschluss:

Für die Sanierung der Turmfassade des Dessauer Rathauses werden zusätzliche 500.000 € zur Verfügung gestellt. Die Kosten der Gesamtmaßnahme erhöhen sich somit von 1.969.000,00 € auf 2.469.000,00 €.

Abstimmungsergebnis: 34:00:01

**6.14 Umgestaltung der Öffentlichen Personennahverkehrs-Schnittstelle
Bahnhofsplatz Dessau
Vorlage: BV/293/2017/III-66**

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bemerkte, dass es sowohl im Ausschuss für Finanzen als auch im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt erhebliche Diskussionen bezüglich der Finanzierung gegeben hat. Aus diesem Grund stellt er den folgenden **Änderungsantrag zur Erweiterung des Beschlusses um den Punkt 3:** „Die Baumaßnahme unterliegt den folgenden Rahmenbedingungen:

1. Die Ausschreibung und Vergabe werden so gestaltet, dass die Eigenmittel der Stadt auf ca. 300.000 € begrenzt werden.
2. Dazu wird die Ausschreibung der Maßnahmen erst dann veranlasst, wenn die zusätzlich benötigten Fördermittel aus dem Schnittstellenprogramm und dem ÖPNV-G verbindlich zugesagt sind.
3. 3. Zuerst werden die Maßnahmen für den Busbahnhof ausgeschrieben. Sollte sich darauf ein höherer Finanzbedarf ergeben, wird auf Maßnahmen am Bahnhofsvorplatz im gleichen Umfang verzichtet.
4. Es ist sicherzustellen, dass die Baumaßnahme im Jahr 2018 abgeschlossen wird.

Damit soll verhindert werden, dass im Bauhausjahr Baumaßnahmen am Bahnhofsvorplatz stattfinden, wenn viele Touristen nach Dessau-Roßlau kommen. Das andere dient dazu, eine Obergrenze festzulegen für den Eigenbedarf an Finanzmitteln.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, ging auf die vorliegende Beschlussvorlage ein und erklärte, dass sie aus dem Ausschuss für Finanzen die Bitte mitgenommen hat, sich mit dem Restbuchwert auseinanderzusetzen und diesen detaillierter zu berechnen. Auf der Grundlage des aktuell vorliegenden Zahlenmaterials ist noch einmal eine detaillierte Ermittlung vorgenommen worden und es ist ein Restbuchwert in Höhe von 295 TE anzusetzen. Dieser hat sich also deutlich reduziert. Bei der Umsetzung wäre dieser noch einmal konkret zu benennen. Auf den Änderungsantrag der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen eingehend, verwies Frau Schlonski darauf, dass die Ausschreibung und Vergabe so gestaltet werden, dass die Eigenmittel der Stadt auf ca. 300.000 € begrenzt werden. Die Verwaltung könne mit dem Änderungsantrag umgehen, wenn es heißt: Die Ausschreibung und Vergabe werden so gestaltet, dass die Eigenmittel der Stadt auf 301.400, 00 € plus 10 % nach Submission begrenzt werden. Des Weiteren kann der Punkt 2 des Änderungsantrages aufgenommen werden. Dazu wird die Ausschreibung der Maßnahme erst dann veranlasst, wenn die zusätzlich benötigten Fördermittel aus dem Schnittstellenprogramm und das ÖPNV-Gesetz verbindlich zugesagt sind. Schwierig wird es jedoch mit dem 3. Beschlusspunkt. Für diese Maßnahme bekommt die Stadt eine gute Fördermittelquote in Höhe von 90 % aus dem Schnittstellenprogramm. Allerdings bekommen wir diese nur, wenn tatsächlich eine Qualitätsverbesserung für den ÖPNV und für die Nutzerinnen und Nutzer erfolgt. Dazu gehört u. a. die verbesserte Wiederherstellung des Blindenleitsystems und eine Rampe zum Bahnhof. In dem Moment ist man bereits im Bereich des Bahnhofsvorplatzes. Die Idee, das rauszunehmen, wäre also schwierig, weil die im Schnittstellenprogramm geforderte Qualität nicht mehr eingehalten werden kann. Des Weiteren muss sowieso die DVG ihre Gleisanlagen erneuern. Somit bleibt nur ein kleiner Teil des Bahnhofsvorplatzes übrig, der herausgenommen werden könnte. Auch kann die Umgestaltung der Busbahnsteige nicht weggelassen werden. Wenn man das in zwei Lose teilen würde, müssten die bereits vorliegenden Ausschreibungsunterlagen, welche so gut wie fertig sind, noch einmal überarbeitet werden und damit erneut Planungsmittel überprüft werden, die jetzt schon in einem relativ hohen Umfang eingesetzt wurden. Der Punkt 4 des Änderungsantrages könne mit der Einfügung ...**im Wesentlichen** im Jahr 2018 abgeschlossen wird, übernommen werden, vorausgesetzt, dass heute ein entsprechender Beschluss gefasst wird und die Ausschreibung nicht mehr geändert werden muss. Sie verwies auf den engen Zeitplan. Noch in diesem Jahr würde man mit den Grünmaßnahmen anfangen, die Ausschreibung würde Anfang November erfolgen, so dass im April nächsten Jahres mit dem Bau begonnen werden könnte. Dann könnte bis Ende 2018 der überwiegende Teil der Maßnahmen geschafft werden.

Bezüglich der Diskussion in den letzten Monaten, ob eine Instandsetzung des Busbahnhofes nicht ausreichend wäre, erklärte Frau Schlonski, dass die Stadt dann keine Fördermittel erhält. Es würden Planungs- und Umsetzungskosten in Höhe von ca. 240 T€ entstehen. Sie gab auch die Kosten der bisher erbrachten Planungsleistungen in Höhe von 230 T€ zu bedenken, da man schon bei der Ausschreibung ist. Hier ist die Arbeit der Verwaltung, die Beteiligung usw. nicht eingerechnet. Diese Planungskosten werden im Rahmen der Investition zu 90 % gefördert. Wenn diese Maßnahme jetzt abgebrochen wird, bekommt die Stadt keine Fördermittel für die Planung und zahlt 207 T€ Fördermittel zurück.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, zog den Punkt 3 des gestellten Änderungsantrages aufgrund der Ausführungen von Frau Schlonski zurück.

Die Fraktion Die Linke steht hinter diesem Projekt, weil es zur Gesamtproblematik in Vorbereitung des Jubiläums steht und der Ankunftsort ein adäquates Bild ergibt, legte **Herr Schönemann** dar. Wird an dieser Stelle gezögert, indem die Dinge nicht präzisiert werden, verliert die Stadt an Außenwirkung. Frau Schlonski hat die finanziellen Konsequenzen dargelegt. Dem Änderungsantrag kann er mit den von Frau Schlonski erteilten Empfehlungen beitreten.

Herr Dr. Hunger, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bezog sich auf die in der Einwohnerfragestunde von Herrn Spitzer, Leiter der Bürgerinitiative für die Schule an der Elbaue, getätigten Ausführungen, dass ein Großteil unserer Schulen in einem bedauernden Zustand ist. Jetzt soll beschlossen werden, die für bauliche Maßnahmen zur Verfügung stehenden begrenzten Mittel als Eigenanteil für die Umgestaltung eines Platzes, der seine Funktion erfüllt, zu nutzen. Das Argument der Außenwirkung ist sicher berechtigt, aber die Menschen in der Stadt bewegen andere Dinge, wie bspw. der besorgniserregende Zustand der Schulen, was zur Kenntnis genommen werden sollte. Es ist nicht richtig, Geld für etwas Funktionierendes auszugeben und dafür aber die eigentliche Aufgabe der Stadt, nämlich Bildung in aller Form, zu vernachlässigen. Deshalb bat er zu bedenken, wofür das Geld ausgegeben werden soll, für eine wünschenswerte Verschönerung, oder für etwas wichtiges, nämlich die Instandhaltung unserer Schulen. Deshalb bittet er gegen diese Vorlage zu stimmen, damit über die Verwendung der Eigenmittel neu beraten werden kann.

Herr Rumpf legte im Namen der **CDU-Fraktion** dar, dass auch sie das Jubiläumsjahr bewegt und bei einer Anreise mit der Bahn eine vernünftige Situation vorgefunden werden sollte. Da das aber nur in wesentlichen Teilen fertiggestellt werden kann und es im Bereich der Tiefbauleistungen keine Kapazitäten gibt, um das Landesziel des Breitbandausbaus bis 2018 fertigzustellen, wird man 2019 eine Baustelle vor der Tür haben. Obwohl eine Verbesserungswürdigkeit des Platzes gesehen wird, wird die CDU-Fraktion gegen die Vorlage stimmen, auch wenn die Änderungsvorschläge für gut befunden werden.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, erklärte, die Bedenken können verstanden werden, da sie einen Hintergrund haben. 2015 wurde aber die Stadtverwaltung vom Stadtrat beauftragt, dieses Projekt durchzuführen. Bei den Beschlussfassungen sollte überlegt werden, ob das gemacht werden soll. So wurden 250 T€ für Projektierungen, die keinen Sinn machen, verschwendet. Man sei jetzt fast in der Realisierung bei einer Größenordnung von 300 T€ Eigenmitteln. Der seinerseits gestellte Änderungsantrag geht dahin, das in den Auswirkungen zu begrenzen. Da das Projekt bereits weit fortgeschritten ist, sollte die Beschlussfassung erfolgen, um nicht die beauftragten Mittel verfallen zu lassen.

Herr Tschammer führte im Namen der **SPD-Fraktion** aus, dass sie den Antrag der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen mit den jetzt besprochenen Änderungen unterstützen. Es wurden Förder- und Eigenmittel für das Projekt schon ausgegeben und der eigens gefasste Beschluss wird nicht eingehalten. Weiterhin gibt es technische Zwänge. Die Gleisanlagen der Straßenbahn sind verschlissen, weshalb

ohnehin etwas geändert werden muss. Eine 90 %ige Förderung auszuschlagen ist töricht. Dass Abschreibungen drohen, wie im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt angesprochen, lasse sich klären. Er bat um Zustimmung zur Vorlage.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, warb aufgrund der Debatte im Ausschuss für Finanzen und auf der Grundlage des eingereichten Änderungsantrages für die Zustimmung zur Beschlussvorlage. Auch Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, hat erklärt, aufgrund des Änderungsantrages die Finanzen aufbringen zu können.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies auf die intensive Begleitung des Projektes. Er bat die Mitglieder der CDU-Fraktion nicht gegen die Vorlage zu stimmen, sondern sich der Stimme zu enthalten. Der begonnene Weg sollte zu Ende geführt werden, denn alles andere wäre nicht nachvollziehbar.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, brachte den eingereichten und geänderten Antrag der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen zur Abstimmung:

Als Drittes wird folgender Punkt zugefügt:

3. Die Baumaßnahme unterliegt den folgenden Rahmenbedingungen:

1. Die Ausschreibung und Vergabe werden so gestaltet, dass die Eigenmittel der Stadt auf ca. 301 T€ plus 10 % begrenzt werden.
2. Dazu wird die Ausschreibung der Maßnahmen erst dann veranlasst, wenn die zusätzlich benötigten Fördermittel aus dem Schnittstellenprogramm und dem ÖPNV-G verbindlich zugesagt sind.
3. Es ist sicherzustellen, dass die Baumaßnahme im Wesentlichen im Jahr 2018 abgeschlossen wird.

Dem **Änderungsantrag** wurde mehrheitlich **zugestimmt** (22:06:06)

Beschluss:

1. Die Umgestaltung der PPNV Schnittstelle Bahnhofplatz Desau mit einem Wertumfang von 2.995.000 € wird beschlossen.
2. Zur Gewährleistung der Baudurchführung ab März 2018 mit der Einleitung des Ausschreibungsverfahrens in 2017 erfolgt die Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 1.421.800 €.
3. Die Baumaßnahme unterliegt den folgenden Rahmenbedingungen:
 1. Die Ausschreibung und Vergabe werden so gestaltet, dass die Eigenmittel der Stadt auf ca. 301 T€ plus 10 % begrenzt werden.
 2. 2. Dazu wird die Ausschreibung der Maßnahmen erst dann veranlasst, wenn die zusätzlich benötigten Fördermittel aus dem Schnittstellenprogramm und dem ÖPNV-G verbindlich zugesagt sind.
 3. Es ist sicherzustellen, dass die Baumaßnahme im Wesentlichen im Jahr 2018 abgeschlossen wird.

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 20:07:07

6.15 Ausschreibung der Leistung des Handyparkens im Stadtgebiet Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/308/2017/III-66

Mit Beginn der Verhandlung des Tagesordnungspunktes verließen Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau und Herr Trocha, Freie Fraktion, die Sitzung.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, die Ausschreibung zur Umsetzung des Handyparkens im Stadtgebiet Dessau-Roßlau auf 2 Jahre mit der Option, um weitere 2 Jahre zu verlängern.
2. Die SMS-Gebühr wird durch den Nutzer und die Transaktionskosten sowie Servicepauschale werden durch die Stadt Dessau-Roßlau getragen.
3. Der Stadtrat beschließt, die im Zusammenhang mit der Ausschreibung des Handyparkens notwendige Anschaffung von 18 onlinefähigen Handfessungsgeräten mit entsprechender Software für den Stadtordnungsdienst.

Abstimmungsergebnis: 31:00:01

6.16 Aktualisierung des Energiepolitischen Arbeitsprogramms (EPAP)
Vorlage: BV/277/2017/III-83

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, ergänzte, dass in der Liste zu dem Arbeitsprogramm rote Zahlen eingefügt wurden, was eine Bitte von Herrn Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, im Ausschuss für Finanzen war.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, sprach Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt und Naturschutz, seinen Dank für ihr Engagement bezüglich dieses Themas aus. Da sie in naher Zukunft aus dem Dienst ausscheidet, hofft er auf ein Energiemanagement, das weiter koordinierend arbeitet.

Herr Kleinschmidt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies auf das umfangreiche Werk, welches fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Dessau betrifft. 42 Maßnahmen haben noch nicht begonnen, viele Maßnahmen tangieren auch nur am Rande die Energiepolitik. Es fehlt allerdings die Fokussierung auf die Fernwärme. Die Fernwärme erzeugt ein Kraftwärmekopplungsprozess und ist das Herzstück der Klima- und Umwelttechnik in Dessau. Es wird eine neue Gasturbine bestellt und es ist ein Wärmespeicher gebaut worden. Diese Dinge müssen sich wirtschaftlich be-

währen. Es müsste also ein Fernwärmekonzept erstellt werden, damit auch diejenigen, die der Fernwärme etwas skeptisch gegenüberstehen überzeugt werden, dass die Fernwärme einzig das richtige ist und in Dessau weiter zur Anwendung kommen muss. Im Aufsichtsrat der DVV wird immer wieder festgestellt, dass es stadtnahe Gesellschaften gibt, die der Fernwärme skeptisch gegenüberstehen. Deshalb soll in der Niederschrift die Erstellung eines Fernwärmekonzeptes in Abarbeitung dieses Arbeitsprogrammes festgehalten werden. Auf die im Arbeitsprogramm erwähnten Ladestationen für Elektroautos eingehend, womit nach dem Arbeitsprogramm noch nicht begonnen wurde, verwies Herr Kleinschmidt auf eine heutige Mail, der zu entnehmen ist, dass am 24.10.2017 eine Beratung des Energietisches zu dieser Problematik stattfindet und dass die DVV dort ein Programm vorstellt, wo 10 aktive Ladestationen mit einer großen Leistung installiert werden können.

Auch seine Fraktion möchte der fleißigen und unermüdlichen Arbeit auf diesem Sektor Dank zollen und zwar mit einer deutlichen Botschaft für den Haushalt 2018, legte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, dar. Bisher hat man sich immer nur mit Zwischenlösungen und Förderungen über die Runden geholfen. Dieses Thema ist für die Stadt so wichtig, dass es an der Zeit ist, ab 2018 personell anders zu planen. Es muss über das notwendige Personal gesprochen werden, denn dieses wichtige Thema, das so ambitioniert durch die Amtsleiterin in den vergangenen Jahren verteidigt wurde, kann nicht mit vorläufigen Lösungen fortgeführt werden, sondern bedarf einer klaren Strategie, auch im Personalbereich. Dann sind die von Herrn Kleinschmidt angesprochenen Dinge für eine neue Energiesicht in dieser Stadt auch möglich und zukunftssträftig. Vor dem Hintergrund des Haushaltes ist das nicht einfach, aber was die energiekonzeptionelle Seite über die Jahre an Nutzen gebracht hat, rechtfertigt in jedem Fall eine andere Gangart in Richtung Personal.

Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt und Naturschutz, erhielt das Rederecht und erläuterte, dass es ein Zertifizierungsverfahren für Kommunen ist, in dem klimawirksame Maßnahmen gewertet werden. Die Fernwärme, insbesondere die Kraftwärmekopplung unseres Kraftwerkes hat uns große Punkte gebracht. Das war ein Punkt, warum uns auf Anhieb die Auszeichnung im Jahr 2016 gelungen ist. Im energiepolitischen Arbeitsprogramm sind zum Teil auch neue Maßnahmen, oder Maßnahmen die fortgeführt werden, zu finden. Von der DVV sind die Vorschläge gekommen, die hier zur Ver- und Entsorgung stehen. Die Sorgen sind unbegründet. Allerdings hat sie schon immer die Forderung, für die Fernwärme ein Versorgungsnetz satzungsmäßig festzulegen, begrüßt. Bezüglich der E-Mobilität ist das Arbeitsprogramm auf einer breiten Basis seit 2016 erarbeitet worden. Zu dieser Zeit hatte die DVV noch keine Ambitionen, in die Elektromobilität einzusteigen, deshalb freut es sie, dass sie jetzt mit den Ladesäulen mit machen, was im Programm aufgenommen wird.

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau beschließt das beiliegende Energiepolitische Arbeitsprogramm für den Zeitraum 2017-2020.
2. Der eea-Bericht des Beraters wird zur Kenntnis genommen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung dieser als vorrangig eingestuften Maßnahmen notwendigen Mittel in den folgenden Haushaltsjahren einzuplanen, soweit deren Finanzierung im Rahmen des städtischen Haushalts möglich ist. Ziel ist es, für die Maßnahmen öffentliche Förderungen einzuwerben.

Abstimmungsergebnis: 32:00:00

- 6.17 Aufhebung eines Sperrvermerks in Höhe von 6.000 EUR zwecks Durchführung einer experimentellen Werkstatt in Zusammenarbeit der Stiftung Bauhaus Dessau, der Hochschule Anhalt und der Stadt Dessau-Roßlau (Kulturamt) (Produktkonto 28121.5271300 Bauhaus/Meisterhäuser Veranstaltungen)
Vorlage: BV/316/2017/IV-41**

Beschluss:

Der Sperrvermerk in Höhe von 6.000 EUR zwecks Durchführung einer experimentellen Werkstatt „Die Choreografie der Flüsse“ in Zusammenarbeit mit der Stiftung Bauhaus Dessau, der Hochschule Anhalt und der Stadt Dessau-Roßlau (Kulturamt) in Vorbereitung auf das Bauhausjubiläum 2019 wird aufgehoben und für die Durchführung der Werkstatt im Oktober 2017 verwendet. Damit wird die Grundlage für die Umsetzung des Moduls 3 Experiment Jubiläumsprogramm Bauhaus 2019 geschaffen.

Abstimmungsergebnis: 32:00:00

- 6.18 Sozialbericht der Stadt Dessau-Roßlau 2011 - 2015
Vorlage: BV/283/2017/V**

Der Sozialbericht wurde nach dem Tagesordnungspunkt 6.2 behandelt.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, verwies auf die ausführliche Diskussion des Sozialberichtes im Jugendhilfeausschuss sowie im Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Die sozialen Daten der Jahre 2011 bis 2015 wurden zusammengetragen. Für das Jahr 2016 lagen zum Redaktionsschluss noch nicht alle Daten vor, so dass über diese noch in diesem Jahr die entsprechenden Fachausschüsse beraten werden. Der Sozialbericht ist mehr als eine Datensammlung, aber er ist keine Sozialplanung. Zu den einzelnen Themenbereichen wurden Kennzahlen erhoben, die auch in den kommenden Jahren durchgängig erhoben werden sollen. Es wurde dabei auf die kleinräumige Darstellung der Daten geachtet, insbesondere auch im Bereich der Arbeitsmarktdaten und der Anzahl der Bezüge durch Grundsicherung. Anhand der Kennzahlen wurden die Stadtbezirke näher betrachtet. Ähnlich der Sozialplanung 2010 wurden die Handlungsschwerpunkte Interventionsgebiete, Präventionsgebiete und Beobachtungsgebiete definiert. Er dankte den Mitarbeitern seines Dezernates, die sich mit dem Sozialbericht und den Daten ein $\frac{3}{4}$ Jahr beschäftigt haben, der kommunalen Statistikstelle und dem Jobcenter.

Der Sozialbericht ist die Datengrundlage für die Sozialplanung. Das Ziel seines Dezernates ist die Erstellung einer integrierten Finanz- und Sozialplanung für die Stadt Dessau-Roßlau, die konkrete Zielvorstellungen, abgeleitet aus dem Leitbild dieser Stadt, und auch Maßnahme- und Umsetzungsplanungen aufgreift. Vorgelegt werden soll die integrierte Finanz- und Sozialplanung bis zum 31.12.2018. Parallel dazu wird ein SozialMonitor eingerichtet, der diese Sozialberichterstattung für die Zukunft darstellt.

Frau Storz, 2. Stellv. Vorsitzende des Stadtrates und SPD-Fraktion, legte dar, dass sie der Sozialbericht sehr berührt hat. Es liegt ein umfangreiches und detailliertes Werk vor. Sie verlas den auf der Seite 10 aufgeführten Punkt E: „Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit sozialem Transferleistungsbezug hat sich weiter erhöht und bleibt auf hohem Niveau. Auch wenn insgesamt in Dessau-Roßlau die Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen im Berichtszeitraum rückläufig war, ist bei den Kindern und Jugendlichen eine gegenläufige Tendenz zu beobachten. So waren im Jahr 2013 40,7 Prozent aller Kinder und 24,1 Prozent aller Jugendlichen der Stadt auf den Bezug von existenzsichernden Sozialleistungen angewiesen; ihr Anteil ist bis zum Ende des Berichtszeitraumes auf 41,6 Prozent bei den Kindern und 26,8 Prozent bei den Jugendlichen gestiegen. Noch dramatischer fällt das Ergebnis in einigen Stadtbezirken aus. So lag 2015 in drei Stadtbezirken der Anteil der Kinder im Sozialleistungsbezug über 75 Prozent und der Anteil der Jugendlichen über 35 Prozent.“ Sie dachte bisher immer, in einer sehr gut situierten, mittelständischen, reich an Historie und gut zu lebenden Residenzstadt zu wohnen, fuhr Frau Storz fort. Wenn sie das liest, mag sie daran nicht mehr glauben. Wenn über 40 Prozent der Kinder in Familien leben, die vom Sozialleistungsbezug mitgetragen werden, oder auch Jugendliche in einem sehr hohen Anteil, kann und muss das heute den Stadtrat beschäftigen. Sie bat Herrn Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, in den nächsten Haushaltsberatungen ein Konzept für den zweiten Arbeitsmarkt in unserer Stadt vorzulegen. Es muss gelingen, sehr viel mehr Menschen, die lange nicht, oder in geringverdienenden Jobs gearbeitet haben, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren über den zweiten Arbeitsmarkt, der auch von der Stadt, z. B. vom Stadtpflegebetrieb, getragen werden kann. In der Stadt ist hinsichtlich der Sauberkeit und Ordnung viel zu tun, auch an gärtnerischen Maßnahmen. Hier kann von Herrn Beigeordneten Krause, der ehemals das Jobcenter geleitet hat, mehr erwartet werden.

An den Wortbeitrag von Frau Storz anknüpfend, wies auch **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion** auf die Steigerung seit 2013 hin. In den Haushaltsberatungen müssen Möglichkeiten gefunden werden, um diese Zahlen zu ändern. Es hilft wenig, wenn unsere eigenen Unternehmen aus den Tarifverträgen ausscheiden und die Beschäftigten dann weniger verdienen. Es stehen Kinder und Jugendliche dahinter, wo die Eltern von ihrem Erwerb nicht oder schlecht leben können, oder wo die Eltern in Bezug sind, so dass dann die Kinder die Möglichkeit haben, über existenzsichernde Leistungen das eine oder andere dazu zu bekommen. Einen Ansatz sieht er im zweiten Arbeitsmarkt, da es Menschen gibt, die es auf den ersten Arbeitsmarkt nicht schaffen und weiter begleitet werden müssen. In diesem Zusammenhang muss über Maßnahmen nachgedacht werden. Da auch Alleinerziehende betroffen sind, sind flexible Arbeitszeiten ein Thema. Hier sollte die Kommune mit ihren Unternehmen Vorbild sein. Wenn es nicht gelingt, den Kindern und Jugendlichen zu helfen, wofür Mittel im Haushalt eingestellt werden müssen, sieht das in ein paar Jahren noch schlimmer

aus, d. h. es wächst eine zweite und dritte Generation heran, die auf Leistungen angewiesen sein werden. Die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke haben in den Haushaltsberatungen des letzten Jahres darauf verwiesen nachzudenken, auch in den Kindereinrichtungen das Essen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die bereitgestellten Zahlen untermauern das noch, weshalb Möglichkeiten der Senkung dieser Zahlen gefunden werden müsse. Das wichtigste sind unsere Kinder, weshalb jetzt Mittel eingesetzt werden müssen.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, ging zunächst auf das Konzept zum zweiten Arbeitsmarkt ein, welches Frau Storz in ihrem Redebeitrag eingefordert hat. Die Ursachen müssen umfänglicher bedacht werden, was in der Sozialplanung erfolgt und Ende 2018 vorgelegt wird. Es gibt aber bereits Konzepte, die den zweiten Arbeitsmarkt beleuchten. In der Stadt wurde ein regionaler Arbeitskreis gebildet, der über allerlei Maßnahmen, auch über den zweiten Arbeitsmarkt entscheidet. Mit einem Sonderprojekt zur sozialen Teilhabe werden ab Januar 73 Stellen in die Kommune geholt. Bezüglich der Kinder in Hartz IV-Familien verwies er auf bundesgesetzliche Fehlanreize. Der § 10 SGB II beinhaltet einen eklatanten Fehlanreiz. Demnach dürfen sich junge Mütter, die ein Kind bekommen, 3 Jahre vom Arbeitsmarkt verabschieden. Gleichzeitig wird ihnen aber erlaubt, volle Hartz IV-Bezüge und alle anderen Leistungen zu beziehen. Somit findet das sonst verbreitete Versicherungsprinzip der Schadensvermeidungspflicht hier keinen Eingang. Diese Fehlanreize können nur beobachtet, aber nicht geändert werden. Deshalb sollte auch parteipolitisch an die Bundesebene herangetreten werden.

Frau Perl, SPD-Fraktion, dankte für das umfangreiche Werk vor dem Hintergrund der enormen Aufgaben, die die zuständigen Fachämter geleistet haben. Es fehlen aber Angaben zur beruflichen Bildung, denn aus Kindern werden Jugendliche, die ausgebildet werden müssen. Nach dem Berufsbildungsbericht des Landes gibt es nach wie vor eine hohe Abbrecherquote. Deshalb sollte ein nächster Bericht Angaben enthalten, wo die jugendlichen Schulabgänger verbleiben, z. B. in der schulischen Ausbildung, in der universitären Ausbildung oder in der dualen Ausbildung. Ebenfalls sollte es Angaben zum Alter, wie viele Betriebe ausbilden und welche Ausbildungsstellen nicht besetzt werden, geben. Das ist nicht nur für die jugendlichen Heranwachsenden von enormer Bedeutung, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Stadt. Auch fehlen im Kapitel Wohnen die Nebenkosten, denn diese bilden die zweite Miete ab und sollten, auch unter dem Aspekt der Energiearmut, beleuchtet werden. Die Auffassung, dass genug bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, hält sie für gewagt, denn man müsse auch die Neuvertragsmieten im Blick haben. Dem Bericht zur Stadtentwicklung und dem Mietenbericht der Landesregierung ist zu entnehmen, dass hier die Stadt Dessau-Roßlau den zweihöchsten Anstieg in Sachsen-Anhalt hat.

Herr Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzender des Stadtrates und Fraktion Die Linke, bemerkte, dass heute die Veröffentlichung des Sozialberichtes beschlossen wird und sprach die Empfehlung aus, so breit wie möglich in der Öffentlichkeit zu arbeiten, auch in den Gremien, wie den Stadtbezirksbeiräten. In dem Bericht werden tabellarisch Interventions- und Präventionsgebiete unseres Stadtgebietes ausgewiesen. Wenn man sich die in der Mitteldeutschen Zeitung dargestellte Tabelle zur Veröffentlichung des Wahlergebnisses ansieht, kann eine bemerkenswerte Kongruenz dieser Zahlen festgestellt werden und man weiß, wo die Brennpunkte sind. Vielleicht kann jetzt

verstanden werden, warum er nicht nur als Stadtrat, sondern vor allem als Stadtbezirksbeirat in einem solchen Distrikt, der seit langem Interventionsgebiet ist, so vehement darauf verweist, dass man dort keine Zeit hat, bestimmte Dinge schleifen zu lassen. Deshalb sollte in den Gremien mit diesem Bericht, mit Unterstützung der Fachbereiche der Stadtverwaltung, gearbeitet werden. Wenn man bspw. im Bereich innerstädtisch Süd in einem Wohnblock wohnt, vielleicht einen grenzwertigen Status hat und sieht dann auf ungepflegte Grünflächen, fühlt man sich abgestellt und es ist ein Beispiel, wie demografische Effekte eintreten. Deshalb ist der Bericht ein Schrei nach Konzepten, vielleicht auch was die freien Flächen in der Stadt betrifft, andere Wege zu gehen und zu sehen, ob die Innenstadt nicht anders aufgewertet werden kann, um ein anderes Perspektivbild entstehen zu lassen.

Der Sozialbericht der Stadt Dessau-Roßlau wurde einstimmig (36:00:00) zur Kenntnis genommen und für die Veröffentlichung freigegeben.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm**, beendet und **Nichtöffentlichkeit** hergestellt.

8 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde beendet.

Dessau-Roßlau, 08.12.17

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer